

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 90.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Mann-
schriften erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Ersteinst mit Ausnahme
des Montag (Kongrua)

Ein paar kleine Schönheitsfehler....

Die Deutsche nationalsozialistische Partei, die auch eine Arbeiterpartei im Sinne der sozialistischen Bewegung sein will, hat es jetzt nicht leicht. Sie hat den Beweis zu erbringen, daß man mit den ärgsten Volkspöbeln in politischer Bundesgemeinschaft und doch ein wackerer Volkstribun sein kann. Um diesen Effekt zu erzielen, heißt es, die vollendetsten Leistungen auf dem Gebiete der Seil- und Leiterkunst zu vollbringen, und das ist eben die Arbeit, der sich die Matadore der Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei gegenwärtig unterziehen müssen. Doch das muß des näheren erzählt werden.

Also sieht Euch diese famose Ausharbeitspartei an! Im Parlamente gibt es seit den Novemberwahlen einen von Landbündlern, Christlichsozialen und Gewerkeparteilern gegründeten Verband, der als ein „Block des nichtmarxistischen deutschen Volkes“ fungieren und die nationale Führung des deutschen Bürgertums übernehmen sollte. In diesen Verband, der „Willen, Ziel und Führung der Subden-deutschen“ zu verkörpern bestimmt war, und der wenigstens eine verfeinerte Ausgabe der deutschen Einheitsfront darstellen sollte, traten auch die Deutschen Nationalsozialisten ein, dessen Mitglied sie seither sind. Von der Begeisterung für die nationale Revolution und Butschaktatilitäts und Ludendorffs bis zur Gefolgschaft der Krepele, Hanreich und Mayr-Harting ist das immerhin ein weiter Weg. Aber diese Entwicklung von wilden Revolutionären in kürzester Zeit zu Aktivisten, die „nach Ministerfräulein lüftern“ sind, ist nicht das allein Bemerkenswerte in der jüngsten Geschichte dieser Partei, so sehr sie auch von jedem Chamäleon in die Wandlungsfähigkeit, die sie dabei be-trieben hat, beneidet werden mag. Diese Gesellschaft, die das Wort „sozialistisch“ mißbräuchlich auf ihrer Firmatafel führt, hat sich noch manch anderer Dinge fähig erwiesen.

Vor kurzem haben die Nationalsozialisten von dem von der Sozialdemokratie geführten Kampf um die Agrarzölle kaum Notiz genommen und die Gefahr einer durch sie bedingten Verschlechterung der Ernährungsverhältnisse vornehmlich ignoriert. Wenn man mit den Brotverteuerern im politischen Ehestand lebt, muß man sich mit seiner anderen Ehehälfte vertragen, was den Nationalsozialisten schließlich nicht schwer fiel, da sie die Vertretung von Arbeiter- und Konsuminteressen niemals so tragisch nahmen, daß sie dabei den Ausbeutern und Aushungerern der arbeitenden Bevölkerung wehe getan hätten. Die steigende Erregung der Verbraucherschichten wegen des frechen agrarischen Zöllnerschlages hat die deutschen Nationalsozialisten nun doch aus ihrer beschaulichen Ruhe geweckt, und zwei oder drei der Ihren haben schon sogar Reden gegen die Zölle gehalten. Man muß schließlich schon aus Konkurrenzrücksichten etwas tun und kann den sozialistischen Parteien das Feld nicht allein überlassen. Es ist immerhin möglich, daß in absehbarer Zeit Wahlen kommen, für die man ein Mißli haben muß, wenn es auch nur das Mißli eines mit allen Salben geschmierten Gewohnheitschwindlers ist.

So zahn und schüchtern die Anteilnahme der Nationalsozialisten am Zöllnkampfe ist, sie konnten doch nicht bloß auf allgemeine sentimentale Klagen über die Zölle sich beschränken, sondern mußten notwendigerweise auch an den Parteien Kritik üben, welche die Hungerzölle mit allen Mitteln, sogar unter Preisgabe der nationalen Ehre und der demokratischen Rechte, durchzusetzen bestrebt sind. Weit dürfen sie sich bei diesen Seitenstößen von dem Pflocke, an dem sie angebunden sind, nicht entfernen, denn sonst könnten die schwarz-grünen Haus-herren des Deutschparlamentarischen Verbandes ärgerlich werden. Wie zart und zurückhaltend ist es beispielsweise, wenn Herr Krebs im Budgetausschusse flüsternd, daß es „vom deutschen Standpunkt aus fraglich sei, ob die Deutschen richtig gehandelt ha-

Zölle und Kongrua.

Fortsetzung der Zolldebatte. — Schwere Differenzen wegen der Kongrua. Ihre Verhandlung im sozialpolitischen Ausschusse vereitelt. — Exodus der Opposition aus dem Budgetausschusse.

Prag, 10. Juni. Das Abgeordnetenhause setzte heute die Zolldebatte fort. Nach den gestrigen scharfen Auseinandersetzungen trat heute Ruhe ein. Leider wurde die Debatte meist unter ziemlichem Teilnahmslosigkeit des Hauses und namentlich der Mehrheitsparteien abgeführt, die sich für die Argumente der Opposition gegen die Zölle gar nicht zu interessieren scheinen. Für unsere Fraktion sprach in einstündiger wirkungsvoller Rede Gen. Schweichhart.

Die Debatte wurde heute bereits um 5 Uhr geschlossen, um dem sozialpolitischen und Budgetausschusse Gelegenheit zur Verhandlung der Kongruavorlage zu geben. Vorher wurde noch gegen die Stimmen der Zollgegner ein Antrag angenommen, auf die morgige Tagesordnung als zweiten Punkt nach der Erlebigung der Zollvorlage einen Antrag auf Verhandlung dieser Vorlage im abgekürzten Verfahren zu setzen. Die Zollmehrheit hat es mit der Vorlage also derartig eilig, daß sie nicht einmal die 24-stündige Frist, die sonst zwischen der ersten und zweiten Lesung einer Vorlage liegen muß, einhalten und sofort nach der ersten Lesung die zweite vornehmen will, um die Vorlage unbedingt noch vor Sonntag fertig zu bekommen.

Es ist geplant, die morgige, um 9 Uhr vormittags angelegte Sitzung ohne Unterbrechung so lange tagen zu lassen, bis die Zölle fix und fertig sind. Da die Abstimmung infolge der zu erwartenden Miesenanzahl von Abänderungsvorschlägen sehr langwierig sein wird, rechnet man damit, daß die Sitzung bis in die Morgenstunden des Samstag, eventuell noch länger dauern wird.

Inzwischen trat nach der Hausführung in der Frage der Kongrua, die vorgestern dem sozialpolitischen und Budgetausschusse zur Berichterstattung binnen drei Tagen zugewiesen worden war, eine wesentliche Verschärfung der ohnedies gespannten Lage ein.

Obmann des sozialpolitischen Ausschusses ist der tschechische Sozialdemokrat Brozik. Dieser setzte, obwohl die Frist bereits morgen abläuft, die Kongruavorlage überhaupt nicht auf die Tagesordnung der Ausschusssitzung. Daraufhin beantragten die Merkitalen trotzdem die Zuweisung der Kongruavorlage und schlugen als Berichterstatter hierfür den Merkitalen Miceura vor, der auch mit den Stimmen der Zollmehrheit gewählt wurde. Ein zweiter Merkitaler Antrag ging dahin, daß der Berichterstatter,

ben, als sie sich zur Zollmehrheit schlugen“. Wilder und nachsichtiger kann man wohl nicht mehr den Zolldeutschen ihren schädlichen Zoll- und Kongruaschlager vorhalten. Herr Krebs findet es nur „fraglich“, wagt nicht, die „Frage“ selbst zu beantworten. Von welcher weiser Mäßigung zeugt es auch, wenn Herr Jung der neugewählten Gesamtleitung seiner Partei eine Rede über die Lebensmittelzölle und die Kongruafrage hält und dabei gegen Landbündler und Christlichsoziale bemerkt: „Wir billigen auch nicht das Verhalten der Vertreter des Bundes der Landwirte und der Christlichsozialen im Ausschusse, wo beide gemeinsam mit tschechisch-bürgerlichen Parteien für die Einhaltung der von allen Deutschen immer mit Recht als reaktionär gekennzeichneten Geschäftsordnung sich einsetzen.“ Es sei „bedauerlich“ — welsch vernichtender Donnerkeil! — daß deutsche Parlamentarier im Zeichen der Sprachenverordnung so etwas tun. So bewegt sich die nationalsozialistische „Kritik“ an ihren deutschbürgerlichen Verbandsfreunden zwischen sanften Klagen, wohlwollenden Ermahnungen und freundlichen Vorstellungen. Landbündler und Christlichsoziale werden das mit Fassug ertragen können.

So eifrig die Nationalsozialisten aber bemüht sind, ihre Verbandsgenossen nicht zu erbosen, die Tatsache besteht doch, daß die Einigkeit des Deutschparlamentarischen Verbandes schon die erste Belastungsprobe nicht ertragen hat. Was ist das für ein infamer Schwindel mit der Zusammenfassung des „subden-deutschen Willens“ im Verband, wenn die Mehrheit dieses Verbandes in einer Lebensfrage des

der vollkommen auf das Referat vorbereitet sei, sofort noch in dieser Sitzung kein Referat erstatte. Es kam während der sich daraufhin entspinne-nden Geschäftsordnungsdebatte über die Zulässigkeit dieses Vorganges, in die namentlich Gen. Sackenberg energisch eingriff, zu heftigen Auseinandersetzungen, die Brozik schließlich mit der Erklärung beschloß, er schließe die Sitzung, um eine Neukurierung des Präsidiums über die diesbezüglichen Bestimmungen der Geschäftsordnung einzuziehen. Damit war also die Verhandlung der Kongrua im sozialpolitischen Ausschusse vereitelt.

Die der Zollmehrheit angehörigen Ausschussmitglieder hielten nachher eine Beratung ab, in der sie sich mit der Frage beschäftigten, den Obmann Brozik wegen offenkundiger Verletzung (?) seiner Pflichten seines Amtes zu entsetzen und einen der Zollmehrheit angehörigen Vorsitzenden zu wählen. Nach der Geschäftsordnung ist die Neuwahl des Präsidiums eines Ausschusses auf Antrag der Mehrheit jederzeit zulässig.

Noch schärfer gerieten die Meinungen im Budgetausschusse aneinander, der gleichzeitig tagte. Dessen Vorsitzender ist der Agrarier Bradas, der wieder umgekehrt die Bedekungsvorlagen für die Staatsbeamtengehälter (Spiritus- und Zudersteuer) von der Tagesordnung absetzte und mit Berufung auf die ablaufende Frist an erste Stelle die Kongrua setzte. Die Mitglieder der Opposition erhoben dagegen schärfsten Protest, daß man die Kongrua behandle, bevor sie der zuständigen sozialpolitische Ausschusse verabschiedet habe. Außerdem wurde bemängelt, daß die Vorlage nicht, wie vorgeschrieben, auch einen Vorschlag über die Bedekung enthalte.

Als der Vorsitzende auf seinem Standpunkte verharrte, gab der tschechische Sozialdemokrat Chalupa unter großer Erregung die Erklärung ab, daß die Verhandlung der Kongrua einen Verrat an jenen bedeute, die für die Freiheit geblutet haben. Seine Partei sehe in dem Vorgehen des Vorsitzenden eine offenkundige Verletzung der Verfassung und der Geschäftsordnung, an der sie sich nicht beteiligen könne. Seine Partei würde deshalb in weiteren Beratungen des Ausschusses fernbleiben. Ähnliche Erklärungen gaben die Vertreter aller anderen zollgegnerischen Parteien ab. Genosse Taub schloß sich namens unserer Partei den Ausführungen der Vordredner an und stellte fest, daß die deutschen Zollparteien, die diese brutale Handhabung der Geschäftsordnung bisher am eigenen Leibe verspürt haben,

deutschen arbeitenden Volkes sogar unter Schändung der letzten demokratischen Rechte im Staate, statt in nationaler Einheitsfront zu stehen, in internationaler Einheitsfront mit Tschechen, Slowaken und Magyaren kämpft! Die Idee der nationalen Einheitsfront wird durch die Patentdeutschen aufs ärgste kompromittiert, denn wer kann an diese Einheitsfront noch glauben, wenn in ihrem Zeichen Verrat auf Verrat am deutschen Volke geübt werden kann!

Die deutschen Nationalsozialisten aber, die sich nach der Versicherung des Herrn Jung als die „Kerntruppe der nationalen Opposition“ ansehen, machen den Schwindel mit, sie wollen ihn sogar fortführen, denn sie denken nicht daran, den Deutschparlamentarischen Verband zu verlassen und ihre Bundesbrüderschaft mit den Agrariern und Christlichsozialen aufzugeben. Eine saubere „Kerntruppe“, die, da deren schwarze und grüne Gefährten der tschechischen Regierung tatkräftig aus der Patzche helfen, und die sich in der Zoll- und Kongruafrage den Tschechischbürgerlichen mit Leib und Seele verschrieben haben, an der Bundesgenossenschaft nur ein paar kleine Schönheitsfehler entdeckt, wegen derer es doch nicht dafür steht, sich aus der landbündlerischen und christlichsozialen Gemeinschaft loszulösen! Die Nationalsozialisten wollen trotz dieser kleinen Schönheitsfehler an der Seite ihrer deutschbürgerlichen Gefährten ausharren. Eigentlich konnte man das nach der ganzen Vergangenheit dieser Herrschaften nicht anders erwarten. Sie bemühen sich, auch jetzt zu beweisen, daß sie geliebt sind, was und wie sie seit jeher waren.

nunmehr vollkommen im Schlepptau der Zollkoalition sind und alle Geschäftsordnungsbrüche vorbehaltlos mitmachen. Auch wir werden uns an den weiteren Verhandlungen nicht beteiligen. Daraufhin verließen sämtliche Vertreter der Opposition unter Protest die Sitzung. Der nunmehr aus den Vertretern der Zollmehrheit bestehende Rumpfausschusse ging dann auch wirklich in die sofortige Verhandlung der Kongrua ein. Die Sitzung dauerte gegen Mitternacht noch an.

Sollte es die neue Mehrheit, die durch fortgesetzte Geschäftsordnungsbrüche immer enger aneinandergeleitet wird, wagen, die Kongrua ohne vorherige Verhandlung im sozialpolitischen Ausschusse ins Plenum zu bringen, so muß man auf die schwersten Zusammenstöße gefaßt sein. Wie verlaunt, will der sozialistische Block auch vor dem Eingreifen der Parlamentswache nicht zurücktreten.

Die Plenarführung.

Die erste Rednerin des heutigen Tages war die Kommunistin Landa-Stichova; sie warf den tschechischen Agrariern Ignoranz vor, weil sie bei ihrem Antrag, daß der Gesundheitsminister ein Exposé über die Auswirkungen der Zölle auf die Unterernährung der Bevölkerung und namentlich auf die Tuberkulosesterblichkeit abgeben solle, gesaght hatten.

Tomanel (slowak. Volkspartei) gerät während seiner Ausführungen öfters in einen Konflikt mit einzelnen slowakischen Kommunisten, die ihn durch Zwischenrufe das Konzept verderben. Er wirft dem sozialistischen Block vor, daß sie sich nur für Zöllnschutz der Industrie einsetzen, dagegen die landwirtschaftlichen Produkte ohne Zöllnschutz lassen. Dies sei ungerecht und staatsgefährlich.

Sodann kam Genosse Schweichhart

zu Worte. Er erinnert einleitend an die Zeit nach dem Umsturz, als die Deutschbürgerlichen in den Sudetenländern hilflos dastanden und ihren Idealen, dem Kaiserreich und der angeblichen deutschen Vorkherrschaft, nachtrauerten. Die Deutschen mußten seither maßlose Verfolgungen erdulden; zahllose gesperrte Schulklassen, Laufende zerstörter Existenzen deutscher Staatsbeamter und Güterbesitzer, die völlige Uebergebung deutscher Bodenbesitzer bei der Bodenreform bezeichnet den Leidensweg des deutschen Volkes, und noch immer ist des Unrechts kein Ende. So sprachen bisher alle bürgerlichen Parteien.

Jetzt sehen wir aber plötzlich, daß eine Reihe deutscher Parteien dieses für die Minderheiten so verhängnisvolle Regierungssystem deden, zwangsläufig deden müssen. Deutsche Landbündler, Christlichsoziale und Gewerbetreibende haben es zuwege gebracht, daß die Faszistentwirtschaft, die Sprachenverordnungen und die ungeheure Korruption des Boden-amtes hier im Hause nicht kritisiert werden dürfen. Sie billigen die Geschäftsordnung und nützen sie gegen die deutsche Opposition restlos aus.

Einmal sprachen sie anders, bekämpften dieses System mit allen Mitteln und ließen sich dafür als die wahren Retter des deutschen Volkes preisen. Traurig sieht es dagegen heute mit denselben Parteien aus.

Die nationale Not des deutschen Volkes ist vergessen, die Staatsangestelltenmaßregelungen, Schulsperren, die Bodenreform kümmert sie nichts mehr.

Freilich ist nach dem Auspruch eines Landbündlers Politik Geschäft, also auf agrarisch
Ruhhandel.

Vorläufig nur ein Geschäft auf Zeit, doch wurden wiederholt schon Stimmen laut, aus dieser zeitweiligen Bindung eine dauernde antisozialistische Regierungsmehrheit entstehen zu lassen.

Wir wissen, wer die Interessenten an diesem Ruhhandel sind: der Staatsfiskus und der Militarismus, die reichen Agrarier und gewisse Industrielle, wie Skoda, die Zinobant und der gut deutschnationale Herr Schicht in Kuffig. Die dritte Gruppe sind die Geistlichen, deren Reich nicht von dieser Welt sein soll.

Die deutschen Zollfreunde haben sich sogar soweit verrannt, der Regierung ein Ermächtigungsgesetz von ungeheurer Tragweite in die Hand zu geben. Gätten sich jemals tschechische Politiker des nackten Profites einer kleinen Gruppe willen derartig würdelos benommen?

Die deutschen Landbändler und Merkanten sind heute die Trabanten der tschechischen Mehrheit; sie müssen stimmen, ob sie wollen oder nicht.

Und wir haben gestern die Einheitsfront vom Abgeordneten Böhm an, dem angeblichen Vertreter der kleinen Bodenbewerber, bis zum Präsidenten des Bodenanwesenden Biskobsky, der als der größte Feind dieser kleinen Bodenbewerber gilt.

Nun kommt die Mehrheit der Medaille: die schutzlosen Arbeitslosen, die Kriegsinvaliden und ihre Hinterbliebenen.

Das gesamte werktätige Volk soll aneuphorisiert werden zu Gunsten einer kleinen Gruppe, und die Vorkriegsallianz von „Maff, Adel und Kapital“ ist wieder aufgestellt.

Wie mag den proletarischen Wählern der deutschen Christlichsozialen zumute sein? Sie mühten sich unwillkürlich jener biblischen Erzählung von dem Manne erinnern, der unter die Räder fiel und von ihnen ausgeplündert wurde. Wir hoffen, daß diese Leute durch den Schaden endlich klug werden. Bei uns draußen sieht man einmal im Jahre den Muttertag, aber 365mal stiehlt man der proletarischen Mutter zugunsten des Staates, des Agrarier, der Industrielkapitalisten und der Geistlichkeit das Brot. In der Arbeiterrechtlia vom Jahre 1891 betont die Kirche mit aller Entschiedenheit die Heiligkeit des Privateigentums, stellt den Unterschied von arm und reich als gottgewollte Ordnung dar und verwirft den Sozialismus als eine wählerische Partei, der die öffentliche Gewalt Einhalt bieten müsse.

So machte sich ganz offenkundig die Kirche zum Anwalt der kapitalistischen Klassen.

Die heutigen Vertreter des Christentums können nicht, wie noch in den Bauernkriegen, die Unzufriedenen hängen und köpfen lassen, aber man kann sie hungern und verelenden lassen und ihnen dann noch höhrend zurufen: „Seelig sind, die Hunger und Durst leiden“.

Genosse Schweichart befaßt sich sodann mit der Gewerbepartei,

die eine ausgesprochen reaktionäre Partei ist und nicht das mindeste soziale Empfinden besitzt. Jetzt tritt sie offen für die neue Zollmauer ein, obwohl sich erst jüngst der Kaufmannstag in Gabelung scharf gegen die Zollpolitik ausgesprochen hat. (Genosse de Witte: In Karlsbad wurde der Gewerbeverein von ihren eigenen Leuten das Mißtrauen ausgesprochen!) Ich weiß nicht, wie die Herren draußen vor ihren Wählern abschnitten werden.

Was die volkswirtschaftliche Seite der Zölle anlangt, sei festgesetzt, daß die Zollfreunde ihre Forderungen wissenschaftlich absolut nicht begründen können. Alle hervorragenden Wissenschaftler, aber auch Praktiker auf diesem Gebiete haben sich gegen die Abscherrungspolitik der einzelnen Staaten ausgesprochen. Wir sagen offen und entschieden:

es ist eine ganz gewöhnliche Irreführung, zu behaupten, daß Agrarzölle die Lage der gesamten Landwirtschaft, namentlich aber der Landwirte verbessern könnten. Es ist falsch, daß Zölle eine allgemeine Erhöhung der Produktionskraft nach sich ziehen. Es ist Unfug, wenn erklärt wird, daß Agrarzölle die Industrie beleben, und es ist wohl die rückwärtsloste und unbedenklichste Behauptung, wenn erklärt wird, daß die Konsumenten keinen Schaden durch Agrarzölle erfahren.

Wir haben im Kampfe um die Zölle schon unangenehme Erfahrungen aus dem alten Oesterreich mehr als genug. In den Jahren von 1906 bis 1909 stiegen in Oesterreich infolge des neuen Zolltarifs die Roggenpreise um nicht weniger als 30 Prozent, von 1904 bis 1913 die Rindfleischpreise um 45, Schweinefleisch sogar um 50 Prozent. Um wieviel Prozent die Lebensmittel bei uns nun steigen werden, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Sicherlich aber bedeutet die Zollvorlage eine sehr empfindliche Verteuerung der Lebenshaltung gerade der ärmsten Klassen.

Das ist ja das Unsoziale der Vorlage: die Kleinen werden belastet und den großen Bauern erhebliche Vorteile zugestanden.

Genosse Schweichart weist nun an Hand einer Statistik der Metallarbeiterlöhne in Nordböhmen einwandfrei nach, daß die agrarischen Darstellungen, welche den Einfluß der Zölle auf die Lebenshaltung als belanglos darstellen wollen, ganz falsch sind. Der Landbändler Böhm hat gestern die Konsumenten bedauert. Die ausgeplünderten Konsumenten werden damit allerdings kaum zu trösten sein. Am allerwenigsten aber wird die Behauptung des Herrn Böhm imponieren, daß feste Zölle den Zwischenhandel beunruhigen; diese volkswirtschaftliche Erfindung sollte eigentlich patentiert werden. Die Zölle können doch nur denen nützen, die mehr produzieren, als sie verbrauchen; wenn der Mittelbauer eine Kleinigkeit durch die Zölle profitiert, so gewinnt der Großagrарier das Hundert- und Tausendfache.

Man kann also sicher annehmen, daß 80 Prozent der landwirtschaftlichen Besitzer an den Zöllen kein Interesse haben, ja durch sie direkt Schaden leiden. Insbesondere trifft das bei den Gebirgsbauern zu und die Stimmen gegen die Agrarzölle mehren sich auch in landwirtschaftlichen Kreisen.

Namentlich die Flachsbauer in Mähren und Ostböhmen haben erst unlängst erklärt, daß die Getreidezölle für sie illusorisch sind, was auch der agrarische „Dorfbote“ zugeben muß.

Der Follgewinn wird meist in die fruchtbareren tschechischen Gebiete abfließen, die tschechischen Agrarier werden ihn einstecken.

Wenn die Landbändler darauf hinweisen, daß eine Disparität der Preise besteht, so müssen wir darauf hinweisen, daß bei einer siebenfachen Geldentwertung

die Lebensmittelpreise auf das Sieben- bis Achtfache der Vorkriegszeit gestiegen

sind. Und dennoch haben die Herren noch nicht genug. Wir Sozialdemokraten sind gerne bereit, den wirklichen Interessen der Landwirtschaft entgegenzukommen, wenn wir sehen, daß der Nutzen davon wirklich der Allgemeinheit zugute kommt. Das wichtigste Problem ist die Verbilligung der Produktion, vor allem von Grund und Boden; gerade die Zölle verteuern ihn aber.

Das Hauptinteresse der deutschen Kleinlandwirte ist die Viehzucht, namentlich die Kleintierzucht. Das zwingt uns zur Erkenntnis,

im Interesse der übergroßen Mehrheit der Kleinlandwirte die Aufhebung der Zölle für Futtermittel zu verlangen.

Ueber diese Frage schweigen jedoch Landbändler und Merkanten wie das Grab. Zum Kapitel „Belastung der Landwirtschaft“ gehören auch die Industriezölle. Die Arbeiterchaft ist gerne bereit, wie auch aus den jüngsten Tagungen des tschechischen Gewerkschaftskongresses und unseres

Karlsbader Genossenschaftskongresses hervorgeht, den berechtigten Wünschen auf Abbau der Industriezölle entgegenzutreten. Von unserer Seite sehen sie also die Bereitwilligkeit dazu.

Bei dem in Verhandlung stehenden Zollantrag ist von einer Rücksichtnahme auf die nicht landwirtschaftlichen Bevölkerungsgeschichten nicht die Rede. Die Zollvorlage ist von der nacktesten Proffigkeit einer kleinen Handvoll kapitalistischer Interessenten, Agrariern und Industriellen, im Bunde mit den Merkanten diktiert, um neue Milliarden aus dem Volke herauszupressen. Dies ist der Anfang einer Periode der Reaktion nicht nur auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, sondern auch auf geistigem und kulturellem Gebiete. Dem Kampf unserer geschworenen Feinde setzen wir darum das Streben nach sozialem Fortschritt entgegen, nach dem Aufstieg der breiten Massen, nach der Beseitigung des herrschenden

Gelbstmörderische Wirtschaftspolitik.

Im Abgeordnetenhause hielt vorgestern der tschechische Sozialdemokrat Erba eine bemerkenswerte Rede gegen die Agrarzölle, aus der wir die nachfolgenden Stellen wiedergeben:

Schutz vor unserem eigenen Juder.

Der Juder, dessen Grundpreis bei uns K 4.40 beträgt, wird gegenwärtig in Hamburg und London um K 2.40 verkauft, während wir, ein Land, welches England versorgt, uns mit einem dreizehnfachen Friedenszoll gegen die Einfuhr nicht vielleicht fremden Junders, sondern unseres eigenen Junders schützen, damit wir nicht etwa ohne Jollschutz zu uns unseren Juder aus England billiger einführen, als uns ihn die Herren zu Hause verkaufen.

Industriekriege und Arbeiterelend.

Dr. Holovec hat unlängst in seinem Vortrage festgestellt, daß die Anzahl der in der Textilindustrie tätigen Personen bis zum Jahre 1921 um 150.000 gesunken ist und noch weiter sinkt. Im Bergbau, der durch Zölle nicht geschützt ist, obzwar er einen Produktionsüberschuß hat, haben wir schon in den letzten Jahren ungefähr 15.000 Personen entlassen und die übrigen 140.000 Angestellten arbeiten nicht die ganze Woche. Die durchschnittlichen Arbeiterlöhne betragen sich um 20 Kronen herum. Bedeutet schon ein Lohn von 30 Kronen täglich eine schwere Krise, so ist der Lohn von 20 Kronen eine Katastrophe. Dr. Holovec hat in seinem Vortrage über den Einfluß der Zollpolitik auf die Löhne angeführt, daß der Wochenlohn eines Maurers in Prag im Februar 1926 235 K betragen hat, in London 750 Kronen, in Philadelphia in Amerika 2460 K. Bei den Zimmerern 252 K, 705 K, 1890 K, bei den Monteuren 265, 516, 1640 K, bei den Modellen 320, 549, 1640 K, bei den Drechslern 240, 516, 1344 K, bei den Maschinenführern 290, 797, 1580 K, bei den Buchbindern 223, 664, 1470 K, bei den landwirtschaftlichen Arbeitern waren die Löhne in den Vereinigten Staaten etwa zehnmal so hoch wie in der Tschechoslowakei, in England zwei bis dreimal höher als bei uns. Dabei sind die hauptsächlichsten Nahrungsmittel sowohl in Amerika als auch in England nicht einmal zweimal so teuer wie bei uns.

Der Sinn unserer Wirtschaftspolitik.

Diese scharfsinnige Schutzpolitik habe ich schon einmal gesehen. Es war vor Jahren ein Winter, da der Fluß gefror und die Bewohner von Smichow über das Eis auf die Kaiserwiese

Systems und nach einer neuen Gesellschaftsordnung im Sinne des Sozialismus.

Meine Herren von der Gegenseite, wir werden uns finden, wir werden draußen kämpfen. Bei Philipp! sehen wir uns wieder! (Lebhafte Beifall.)

Von den weiteren Rednern hatte nur der Nationaldemokrat Dvoracek, der Mitstifter der Zollvorlage, und der tschechische Sozialdemokrat Profes größeres Publikum. Es sprachen weiter Strabel (tsch. Gewerbe), Lane (tsch. Nat.-Soz.), der Kommunist Neurath, der tschechische Merkant Krejci und der Deutschnationale Schollitz, der wegen Beleidigung einiger Minister einen Ordnungsruf erhielt.

Hierauf wird nach dem eingangs geschilderten Intermezzo wegen dringlicher Behandlung der Vorlage die Sitzung geschlossen.

gegenüber dem Vysehrad gingen, wo eine beliebige Promenade der Bewohner dieses Stadtteiles war. Als ich dort das zweite mal ging, sah ich etwas neues. Ein Mann hatte einen Teil des Eises zwischen dem Ufer und der Wiese aus, legte über den Uebergang auf diesem Brette von den dankbaren Passanten einen Kreuzer ein. Da das Publikum nicht wußte, daß dieser scharfsinnige Mann der Fluß um der Brücke willen und die Brücke um der Kreuzer willen, die er einnahm, geschaffen hatte, war es sich auch nicht dessen bewußt, daß der Mann bei uns eine ganze nationalökonomische Schule vertritt, deren praktische Politik darin besteht, daß sie Flüsse gräbt, damit sie darüber Brücken bauen kann und Brücken baut, damit sie Kreuzer einnehmen kann.

Je größer die Armut, desto stärker die Belastung.

Was das eigentlich Gemeine bei diesen Steuern auf Nahrungsmittel ist, ist deren verkehrte Progression. Während man die direkten Steuern so abtufen kann, daß sie den Kleinen am wenigsten oder gar nicht und die Großen nach ihrer finanziellen Fähigkeit treffen, treffen Zölle und Teuerung den Menschen um so fühlbarer, je ärmer er ist. Es ist sicher etwas ganz anderes, wenn Sie den Preis des Brots, Mehls, Fetts oder der Kartoffel dem Textilarbeiter oder dem Herrn Fabrikanten erhöhen, ob Sie Futter und Nahrungsmittel dem Landwirte bis zu einigen Heller oder dem Großgrundbesitzer verteuern. Diese Art der Besteuerung der ärmeren Bevölkerung ist das Ärgste, was erdacht werden konnte. An diesen Zöllen wird nicht nur der Fluß verzweifelter Mütter und hungernder Kinder hängen, sondern die Zölle werden schuld sein an tausenden und tausenden Krankheiten an Unterehrnährung, womit wir die Taschen der Großgrundbesitzer, aber auch gleichzeitig Krankenhäuser und Sanatorien füllen werden.

Die verfaulte Industrie.

Daß im Kampfe um die Lebenshaltung der Industriearbeiter unsere Industrie vollständig verfaßt hat, zeigt ihre völlige Fäule. Das ist keine Industrie, welche ohne Protest an einem solchen Werke teilnimmt, das ist eine Gruppe von Deutemachern, welche aus Angst um ihre ungerechten Vorrechte zu jedem schamlosen Kompromiß bereit ist, nur damit sie diese Vorrechte aufrecht erhalte. Findet sich denn nicht in den Reihen des Gewerbes und der Industrie ein

Nach dem Tschedischen von Richard Brandel.

Moral en gros.

Ein Roman wider alles Verkommen

37 Von Jiri Hausmann.

Hierauf wurde auf Drängen des Ministers des Innern, Poen d'Ked, das Parlament aufgelöst, die Abgeordneten der Immunität verlustig erklärt, die Bürgerrechte suspendiert, verdächtige Personen unter Polizeiaufsicht gestellt, ausgebeutete Internierungslager errichtet, die Presse der Präventivzensur unterstellt, politische Vereine aufgelöst usw. — der liberale Sir Lättrigon wies zwar auf die allgütige, im Hinblick auf die allgemeine Kriegsbegeisterung doch überflüssige Härte dieser Maßnahmen hin, aber Poen d'Ked's Theorie, daß es immer besser sei, dem Volke eher zu wenig, als zu viel Freiheiten zu geben, brachte alle Einwände zum Schweigen.

Schließlich wurde in allen Strafenceden eine neue (bereits die dritte Kundmachung) affiziert, die vom Präsidenten der Republik selbst unterzeichnet war und folgenden Wortlaut hatte:

An mein Volk! Es war stets mein innigster Wunsch, Mein geliebtes Land von der Sonne ewigen Friedens erleuchtet zu sehen, und deshalb habe ich mich ängstlich vor jeder Gelegenheit gehütet, die seine ruhige Entwicklung hätte fördern können und in ihren Folgen vielleicht gar imstande gewesen wäre, einen Krieg hervorzurufen. Und diesen kurzen Lebensrest, der mir etwa noch durch die Gnade Gottes beschieden ist, war ich gewillt, dem Werte der Festigung des Friedens innerhalb der ganzen Menschheit zu weihen, der Erhaltung des Gleichgewichtes in der ganzen Welt und des allgemeinen Friedens um jeden Preis! Dies erforderten die Interessen der mir teureren Bevölkerung, die nicht

in vergänglichem, militärischen Triumphem bestehen konnten, sondern vor allem in seinem wirtschaftlichen Wohlergehen, das bedingt ist durch das harmonische Zusammenwirken der Arbeit und des Kapitals.

Aber die Ränke des tückischen Gegners, die auf Zerschlagung der historischen, durch Jahrhunderte alte Ueberlieferung geheiligten Einheit Meines Staates hingen, haben mir die Erfüllung dieses segensreichen Vorhabens nicht orgännt. Der halsstarrige Gegner hat schon lange auf den Augenblick gelauert, da er uns gegen unseren Willen zum Schutze des bedrohten Vaterlandes das Schwert in die Hand drückte und uns zum Abwehrkampfe zwingen wird. Die von ihm selbst heraufbeschworenen blutigen Vorgänge in der Stadt Bellicaus haben einen passenden Vorwand dazu geboten.

Mitbürger! Das Recht ist unweifelhaft auf unserer Seite, und wenn ich durch den Uebermut des Gegners zu dem letzten Schritte gezwungen werde, zur Aufforderung, mit den Waffen den geheiligten Boden eures Vaterlandes zu schützen, so tue ich dies in dem festen und unerschütterlichen Vertrauen auf die Gerechtigkeit des Allerhöchsten und auf den bewährten Geldeunmut unserer wackeren Armee, die in Kürze nachdrücklich zückigen wird des Gegners Lug und Trug. Gott ist gut, aber er wird nicht dulden, daß diese Anschläge des Feindes ohne Vergeltung bleiben. Die angelegt sind zur Täuschung des eigenen Volkes.

Mitbürger! Ihr geht für eine heilige Sache in den Kampf und ich zweifle nicht einen Augenblick, daß ein baldiger Erfolg unsere Anstrengungen belohnen wird; denn ihr werdet euch nicht mit euresgleichen schlagen, sondern mit gedungenen Söldnern gegen ihren Willen von hochverräterischen Rebellen geführt zur Schlachtbank. So will es die Vorsehung! Mag denn die Stärke der Waffen entscheiden! Aber ich vertraue auf die Tapferkeit meines Volkes und auf den Gott Uto-

piens, daß er meinen wackeren Soldaten den Endsieg verleihen wird!

Fast gleichzeitig — vielleicht nur wenige Minuten später erkund auch in Subville neben den Mobilisierungskundmachungen ein Ausruf:

An Mein Volk!

Es war stets mein innigster Wunsch usw. . . um jeden Preis!

Dies erforderten die Interessen usw. . . des Kapitals.

Aber die Ränke des tückischen Gegners usw. . . haben einen passenden Vorwand dazu geboten.

Mitbürger! Das Recht ist usw. . . Lug und Trug.

Gott ist gut, usw. . . zur Täuschung des eigenen Volkes.

Mitbürger! Ihr geht usw. . . zur Schlachtbank.

So will es usw. . . Brutus Argyropas m. p.

XVII. Kapitel.

Eine geheime Zusammenkunft.

„Es scheint, daß wirklich ein Krieg daraus wird — meinen Sie nicht, junger Freund?“ — mit diesen Worten eröffnete Matador Chrysoptas die gewohnte Unterhaltung nach dem Lunch mit seinem Privatsekretär.

„Es scheint nicht nur, sondern er ist schon wirklich da, Sir!“ erwiderte mit einem leichtem Lächeln der Befragte.

„Ich weiß . . . natürlich! — Und ist Ihnen bekannt junger Freund, welches die beste, ungefährlichste und am leichtesten zugängliche Quelle ungeahnter Einkünfte für einen geschickten Mann ist?“

Der „junge Freund“ trat verlegen von einem Fuß auf den anderen.

„Nun, eben der Krieg, mein Lieber, eben der Krieg! Die gesteigerten Bedürfnisse des Sla-

tes, die unterbundene Produktion, das Schwanken der Valuta, Warenmangel — die unsichere Zukunft, all das sind Momente, die ein scharfsinniger Kopf zu seinem Vorteile ausnützen kann, nein, muß! — So ist es, lieber junger Mann, so und nicht anders!“

Und der große Chrysoptas verstummte für einen Augenblick, indem er nachdenklich mit dem Finger die Wische seiner Habanazigarre in die kleine Smaragdschale abstreifte.

„Auch ist Ihnen bekannt, oder vielleicht auch nicht,“ sagte er erst nach geraumer Weile, „daß das Unternehmen auf Rab Cool mir verdammt teuer zu stehen gekommen ist. . . ganz verdammt teuer. . . hätte ich nicht meine guten Autowerte mühe ich mich vielleicht heute von Schwarzbrod und Zwiebeln nähren. . . ja, so ist es, junger Freund, so und nicht anders. Ich sehe ein, daß ich mich zu sehr vom Reide gegen diesen Dieb Argyropas habe hinreichend lassen — ich habe mich offenbar überreißt! Freilich, es sagt sich leicht: „Wohl-tätigkeit!“ Aber auch die Humanität hat ihre Grenzen. . . ihre bestimmten, engen Grenzen, die von der Wahrung des richtig erfassten eigenen Vorteils diktiert sein müssen. . . ich habe übers Ziel geschossen, übers Ziel geschossen. . .“

„Aber Ihr unsterbliches Verdienst um die Verfüllung der ganzen Menschheit, die unauslöschliche Dankbarkeit von Millionen Befehlter, der ewige Ruhm Ihres Namens, der mit goldenen Lettern. . .“

„Oh, ich spud' d'rauf, wie die Russen sagen!“ erwiderte unwillig der Autofönig und versank von neuem in dumpfes Brüten.

Mit einem Male bligte es in seinem Auge auf, er erhob sich und stieß ganz unerwartet hervor:

„Um acht Uhr abend halten Sie mein Salonfuggzug bereit — verstanden? Punkt acht Uhr! Und ohne Piloten, ich lenke selbst!“

(Fortsetzung folgt.)

Der Zollantrag

der bürgerlichen Parteien verteuert die Lebenshaltung einer Arbeiterfamilie um

wöchentlich K¹⁰ 13.50

oder

jährlich um über 700.— K¹⁰.

Und dafür stimmen der

Bund der Landwirte, die Christlichsozialen und die Gewerbetätigen.

Manch, der den Mut hätte, sich gegen eine solche Führung des Industriellenverbandes zu stellen, hat denn niemand von Ihnen den Mut, zu sagen, daß die Politik Ihres Generalsekretariats, welches sich auf der ganzen Linie gegen die Erhöhung der Löhne stellt und den heimischen Konsum im Interesse der Fremde ausbeutet, eine unerwünschte Sache ist, welche sich an unserer Industrie schwer rächen wird?

Der Geist des Weißen Berges.

Es ist der Geist des Weißen Berges, der hier umgeht und dessen Träger wiederum adelig-kapitalistische Schichten sind, wenn auch ohne Adels-titel, denen in der tschechischen Geschichte stets die Schuld daran nachgewiesen wurde, daß sie mit ihrer egoistischen Politik den breiten Massen der Nation das Interesse am Staate genommen haben, den sie in schweren Zeiten allein nicht erhalten konnten.

Ueber die Kongruenborlage äußert sich das „Pravo Lidu“ wie folgt: „Die bürgerlichen Abgeordneten gaben durch die Unterschrift des Antrages ihre Zustimmung dazu, daß der Geistliche der bestbezahlte Angestellte im Staate ist, obzwar er für den Staat nichts leistet. Die Gehälter der Geistlichen sollen ähnlich geregelt werden wie die Einkünfte der Staatsbeamten der vierten Dienststufe und siebenten Gehaltsstufe. Die Kongruenz genau so wie der Gehalt des Staatsbeamten aus dem eigentlichen Dienstgehalte, der Aktivitätszulage und dem Erziehungsbeitrag (?) bestehen. Die Aktivitätszulage erhält der Beamte für die Wohnung. Der Geistliche erhält die Aktivitätszulage, selbst wenn er eine Naturalwohnung hat. Bezahlt sollen alle Geistliche ohne Unterschied werden, soweit sie in Pfarrämtern tätig sind, also auch die Ordensgeistlichen, was früher nicht der Fall war. Bezahlt sollen auch die Geistlichen werden, welche in den Kanzleien der kirchlichen Ämter beschäftigt sind, aber nirgends wird gesagt, ob und wie die Zahl dieser Geistlichen beschränkt ist. Die Kirche kann soviel Priester weihen, als sie will, sie kann sie einfach in ein Amt heben, meldet es dem Staat und die Zahl zählt. Vergleichen wir damit, was es heißt, wenn ein Lehrer an einer Schule angestellt werden soll. Wir haben heute ungefähr 30.000 arbeitslose Intelligenzen, welche im Staatsdienste keine Stelle erhalten können. Der geweihte Geistliche ist aber sofort versorgt, weil über seine Anstellung die Kirche entscheidet und der Staat nur die Verpflichtung hat, zu zahlen.“

Abgeordnetenversicherung. Dienstag nachmittags hat unter dem Vorsitz des Abgeordneten Spatny eine Beratung der Abgeordneten der Abgeordnetenklubs stattgefunden, in welcher vor allem die Reaktivierung der Abgeordnetenversicherung beraten wurde. Nach einem eingehenden Referat des Parlamentssekretärs Dr. Mlýnska wurde auf Grund der von Genossen Dr. Czech gestellten Anträge beschlossen, sofort, ähnlich wie im Senat die Abgeordnetenversicherung in der Form, wie sie in der früheren Gesetzgebungsperiode bestand, zu reaktivieren und vom 1. Juni 1926 an rückwirkend zu machen. Es sollen möglichst alle Klubs korporativ der Versicherung beitreten. Sämtlichen Klubs sind die Vorschläge wegen Aufbaus der Versicherung auf neuer Grundlage schriftlich zu unterbreiten, worüber eine Aeußerung binnen 8 Tagen verlangt werden soll. — Die Versicherung war in der früheren Legislaturperiode in der Weise durchgeführt, daß jeder Abgeordnete (Senator) einen Betrag von 50 K monatlich einzahlte. Aus dem so geschaffenen Fonds wurde in jedem Sterbefall ein Sterbebeitrag flüssig gemacht.

Verfassungsausschuß des Senats. Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung stand das Gesetz über die Arbeitsgerichte, das bereits im Vorjahre einem Subkomitee zugewiesen worden war. Infolge der Auflösung des Hauses konnte dieses Komitee seine Arbeiten jedoch nicht beenden und nun hat die Regierung einen neuen Entwurf vorgelegt, der sich bis auf einige Abweichungen an die seinerzeitigen Beschlüsse des Subkomitees anlehnt. Gestern wurde neuerlich ein Subkomitee gewählt, dem als einziger deutscher Vertreter Genosse Dr. Heller angehört. Auffallend war die Abwesenheit der Vertreter der deutschen Nationalpartei und der deutschen Agrarier, die offenbar an Angelegenheiten, welche die Arbeiter betreffen, kein Interesse haben.

Der Hindenburgbrief vor dem Reichstag.

Das Zentrum desavouiert seinen eigenen Kanzler. — Der Vorgang Hindenburgs unkräftig verfassungswidrig.

Berlin, 10. Juni. (Eigenbericht.) Der heutigen Reichstags-Sitzung lag das Fürstenausschussgesetz vor. Der Reichskanzler betonte, die Regierung habe den vorliegenden Entwurf eingebracht, weil sie gegen die entschuldigungslose Enteignung sei. Sie werde auch nach einem negativen Ausfall des Volksentscheides an dieser Vorlage festhalten. Ähnliche Erklärungen gaben sodann die Vertreter der Regierungsparteien ab.

Genosse Herrmann Müller stellte sodann fest, daß der Reichspräsident durch seinen bekannten Brief seine verfassungsrechtliche neutrale Stellung aufgegeben habe, die er feierlich beschworen. Die Sozialdemokratie erhebe gegen diese Parteilichkeit des Reichspräsidenten öffentlichen Protest und fordere die Wähler auf, diesem Protest beim Volksentscheid Ausdruck zu geben.

Darauf erhob sich der Reichskanzler neuerdings und erklärte, daß der Brief Hindenburgs kein Staatsakt (!) gewesen sei und daß diese Handlung des Reichspräsidenten mit der Verfassung nicht im Widerspruch stehe. Das war selbst dem Zentrum, dem doch der Reichskanzler angehört, zu viel und nach einer Fraktionsberatung erklärte der Vertreter des Zentrums, daß es sich bei dem Brief um einen durchaus politischen Akt handle und der Reichspräsident zweifellos aus seiner verfassungsmäßig überparteilichen Stellung herausgetreten sei. Auch die Demokraten gaben eine ähnliche Erklärung ab.

Der Regierungsentwurf über die Fürstenausschüsse wurde sodann dem Rechtsausschuß vorgelegt; er wird erst nach dem Volksentscheid verhandelt werden.

und die Bergarbeiterföderation gefandt habe. Er fügte hinzu, daß diese Frage die Aufmerksamkeit der Regierung fessle. Die Regierung sei überzeugt, daß unter dem aus Rußland einklangenden Gelde auch Beträge der russischen Regierung für einen Generalstreik seien. Das Geld, welches jetzt einlange, stamme von verschiedenen Lokalorganisationen für den Bergarbeiterstreik.

Brasilien verzichtet auf den Ratsitz.

Nicht identisch mit dem Austritt.

Genf, 10. Juni. Nello Franco, der seit der Wahl Brasiliens zum nichtständigen Ratsmitglied im Sept. 1923 sein Land im Völkerbund vertritt, hat heute nachmittags im Namen seines Landes im Völkerbund erklärt, daß Brasilien von heute ab auf seinen nichtständigen Ratsitz verzichtet.

Er begründet diesen Schritt Brasiliens, der keineswegs mit dem Austritt Brasiliens aus dem Völkerbund identisch ist, durch Erwägungen juristischer und politischer Art.

Bethlen in Genf geohrleigt.

Von einem ungarischen Emigranten.

Genf, 10. Juni. Heute vormittags kam es in den Wandelgängen des Völkerbundeshauses kurz nach halb 11 Uhr zu einem unliebhamen Zwischenfall. Ein gewisser Zwan de Justh, der sich als Generalsekretär der ungarischen republikanischen Partei bezeichnete, stellte den ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen und gab ihm eine Ohrfeige. Justh, der eine Pressefotografie der Pariser Zeitung „Ere Nouvelle“ bei sich trug, verteilte gleichzeitig eine Protesterklärung. Er wurde von Sicherheitsbeamten verhaftet.

Die russischen Hilfsgelder für den englischen Streik.

Sie stammen nach den Behauptungen des Innenministers von der russischen Regierung.

London, 10. Juni. (Reuter.) Im Unterhause erklärte Innenminister Johnson Sims, er habe die Nachricht erhalten, daß Rußland einige hunderttausend Pfund Sterling für den Generalstreik

Keine russischen Bestellungen in Deutschland.

Die Aktion an den Kreditverhandlungen gescheitert.

Moskau, 10. Juni. Die Blätter veröffentlichen den Wortlaut einer Weisung Rykows an das Handelskommissariat, welches beauftragt wird, sofort einen Teil der auf Grund des deutschen Garantiekredites für Deutschland bestimmten Bestellungen an andere Länder zu verlegen. Rykow begründet seine Maßnahme mit Schwierigkeiten bei Erhalt der an deutsche Firmen von Seiten der Regierung garantierten langfristigen Kredite und mit den unvorteilhaften Beziehungen zu einigen deutschen Firmen.

Zu diesen Weisungen Rykows veröffentlicht das Wolffsche Telegraphen-Büro eine Bemerkung, in der es unter anderem heißt: Die deutsche Regierung hat bekanntlich vor einigen Wochen, um die Ausfuhr nach Rußland zu erleichtern, in gewissem Umfange eine Garantie für die russische Regierung gegenüber den deutschen Lieferanten übernommen. Diese Regelung konnte aber bisher noch nicht in nennenswertem Umfange ausgenutzt werden, weil die Finanzierung solcher Ausfuhrgeschäfte oft Schwierigkeiten begegnete. Die Verständigung ist daran gescheitert, daß die Russen für die auf vierzehnjährige Jahre zu gewährenden Kredite Bedingungen forderten, die hinter den Bedingungen für kurzfristige deutsche Industrielkredite zurückblieben.

Finanz- und Wirtschaftsfragen.

Die parlamentarische Arbeit erstreckt sich nun hauptsächlich auf Finanz- und Wirtschaftsfragen. Diese Probleme sind vor allem aktuell geworden durch die Frage der Regelung der Devisenverhältnisse und der Zollfrage. Das erstere Problem ist schon ziemlich lange in Verhandlung, während das zweite durch den Antrag Donat aktuell wurde. Und damit ist nun vom frischen unsere ganze Wirtschaftssituation aufgerollt worden. Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß bei uns über die Verhältnisse gelacht wird. Die Folge ist, ein großes Anziehen der Steuerfahndung, das auf alle Produktionskreise hindern einwirkt. Hier einen Ausgleich zu finden, ist ein dringendes Erfordernis der Zeit, wenn wir wieder hochkommen wollen. Wie in fast allen Staaten, entspringt auch bei uns diese Disparität dem Umstand, daß die Milliardeulagen zu groß sind. Solange nicht da ernstlich Remedium geschaffen wird, ist an ein Einrennen der Dinge in richtige Bahnen nicht zu denken. Auch die lebhafte bekannntgewordene Neuregelung der Seeresauslagen ist nicht das, was wir brauchen. Für den Staat würde es keinen Schaden bringen, wenn abgerüstet würde. Im Gegenteil, es könnte dann wirklich eine Erleichterung geschaffen werden, denn die Summen, die dafür verausgabt werden, sind völlig unproduktiv. Als Exportstaat haben wir alle Ursache, zu verhehlen. Tun wir in dieser Hinsicht nichts, dann haben wir auch finanziell darunter mehr zu leiden. Allzu teure Bündnispolitik ist für uns absolut kein Vorteil. In einer Zeitperiode, wo alle Staaten Abrüstung wenigstens markieren, läte es uns not, damit wirklich zu beginnen. Aber gut Ding braucht Weile. Derweil seufzen alle unter der aufgebürdeten Last weiter und niemand will an dieses Blümlein Rührmich-nichtan zu zupfen beginnen.

Selbst der Finanzminister Engländer, der sonst mit mancher Ansicht nicht hinterm Berge hält, hat in seinem jüngsten Exposé im Budgetausschuß auch darüber gesprochen. Die Ausschüßungen Engländer sind besonders für die Arbeiter interessant, weil man erfährt, daß eine Verringerung der Lasten, unter der die unbemittelten Schichten besonders leiden, nicht zu erwarten ist. Derselbe

Finanzminister, der vor einigen Wochen feststellte, daß das Einkommen der Arbeiter und Angestellten erst das Sechsbis Siebenfache gegen früher betrage, während die Lebenshaltungskosten das Neun- bis Zehnfache ausmachten, scheint dies nun vergessen zu haben. Jetzt wird von einer Valorisierung der Staatseinnahmen geredet. Das heißt also, daß sie erhöht werden sollen. Woher die Staatsbürger die Mittel nehmen, um diese Mehrbelastung zu ertragen, ist den Herren Nebensache. Im Vorjahre bereits erfolgte eine beträchtliche Erhöhung verschiedener Gebühren und auch eine Reihe neuer Gebühren wurden eingeführt. Dies alles aus dem Grunde, um die Bedeckung der Staatsbeamtenvorlagen zu finden. Nun, wo es an die Verwirklichung dieser Vorlagen geht, ist auf einmal kein Geld vorhanden. Da ist die Frage berechtigt, wohin sind die Mehreinnahmen der erhöhten und neuen Gebühren gekommen? Es würde die Antwort darauf sicher alle interessieren. Nun auf der Suche nach Geld, werden neue Lasten der Bevölkerung aufgebürdet. Auf welche Weise will der Finanzminister zu Geld kommen. Gehalt- und Pensionsaufwand müssen die staatlichen Unternehmungen selber decken. Der Post und der Eisenbahn wird dadurch ihr heutiger Reinertrag abgeschöpft und sie müssen daher zu einer Revision ihrer Tarife schreiten, wofür sie nicht valorisiert sind.“ Denn es ist unmöglich, daß der Personal- und Sachaufwand nach den Balutoziffern und darüber hinaus gedeckt wird, die Einnahmen aber nach einem niedrigeren Indez erfolgen. Wenn das richtig wäre, mühte man annehmen, daß der Staat seine Bediensteten fürstlich entlohnt und noch dazu darauszahlt hat. Die Bediensteten wissen wie fürstlich ihr Lohn ist und die übrigen Bürger wissen aber auch, daß die Tarife der Post und Eisenbahn so „niedrig“ sind, daß das Reisen schon ein Luxus geworden ist. Die Eisenbahntarife sollen nun abermals verteuert werden und zwar Personentarife um 22 Prozent, also nicht gerade wenig. Mit der Zeit, wenn diese Erhöhungen so weiter gehen, werden wir bald dahin kommen, daß die längst entschuldene Zeit, wo jeder zu Fuß reiste, wieder zu Ehren kommt.

Der Aufwand für Pensionen könnte sicher niedriger sein, wenn man nicht so blindwütig darauflos abgebaut hätte, so daß Menschen, die noch jahrelang tätig hätten sein können, nun feiern müssen, um der Tschechisierung vorwärts zu helfen. Der andere Teil soll hereinkommen durch eine Erhöhung der Zucksteuer, die nun

Die Wählerlisten liegen auf.

Genossen und Genossinnen! Sorgt überall für einwandfreie Wählerverzeichnis!

In der Zeit vom 15. bis 22. Juni l. J. liegen in allen Gemeinden die Wählerverzeichnisse in drei Fertigungen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Die öffentliche Einsichtnahme ist in Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern mindestens durch drei Stunden täglich, in Gemeinden über 5000 Einwohnern mindestens acht Stunden täglich, und zwar am Samstag auch in den Mittagsstunden und am Sonntag von 8 bis 12 Uhr vormittags gestattet.

Wer ist Wähler?

Wähler ist jeder eigenberechtigte tschechoslowakische Staatsbürger beiderlei Geschlechtes, welcher bis 15. Juni 1926 das 21. Lebensjahr zurückgelegt hat und seit dem 15. März 1926 ununterbrochen in der Gemeinde wohnhaft und auch behördlich angemeldet ist.

Arbeiterwähler und Arbeiterwählerinnen!

Überzeugt Euch, ob Euer Name in dem Wählerverzeichnis eingetragen ist!

Die in der Zeit vom 15. bis 22. Juni l. J. ausliegende und im Reklamationsverfahren richtiggestellte Wählerliste gilt für alle kommenden Wahlen in die gesetzgebenden und öffentlichen Körperschaften.

Wer nicht in die Wählerliste eingetragen ist, verliert sein Wahlrecht!

200 Millionen Kronen jährlich einbringen soll, wozu eine Erhöhung der Spiritussteuer — Ertrag 75 Millionen und Einführung, bezw. Erhöhung einiger Zölle, deren Ertrag 60 Millionen bringen soll. Der Rest soll durch Ersparungen im Budget heringebracht werden. Die Zuckersteuer verteuert das kilo Zucker um 20 Heller. Die Spiritussteuer wird um 2.80 K erhöht. Hinsichtlich der Zölle hatte man beabsichtigt vor allem die auf Kolonialwaren, insbesondere Tee und Kaffee laufende Zölle zu erhöhen, aber vorläufig bis zur Erledigung der Getreidezollfrage davon Abstand genommen.

Man kann daraus erkennen, daß die Absicht der Finanzverwaltung dahin zielt, die indirekten Steuerlasten zum Grundpfeiler der Staatswirtschaft zu machen. Es ist dies das Finanzprogramm des Bürgerturns. Schonung der Besitzenden ist die Parole. Das Programm ist klar und eindeutig, die Arbeiterchaft weiß was folgen soll, sie wird sich darauf einstellen müssen. Die Kapitalisten brauchen keine Angst haben, wegen der Steuerrückstände, der Minister erklärt, daß die nun rasche Erledigung der Nichtvorschriften und der Rekurse, nicht bedeutet, „daß wir alle nicht gezahlten Steuern bis zum Ende des Jahres aus den Bürgern herauspressen wollen, weil wir bei den über mehrere Jahre sich erstreckenden Nichtvorschriften die heutige wirtschaftliche Tragfähigkeit der Steuerzahler berücksichtigen müssen.“ Den Arbeitern gegenüber hat man diesen Grundsatz nicht gekannt. Eine Erhöhung der direkten Steuern, die schon übertrieben sind, konnte man nicht vornehmen. Dafür aber die indirekten Steuern, die sonach noch nicht übertrieben, vielmehr zu niedrig sind.

Nun kann man sich schon vorstellen, wie die Steuerreform ausschauen wird.

Es ist jedoch festzustellen, daß die herrschenden Kreise nur eine Kleinigkeit übersehen, nämlich die Lage der Arbeiter und Angestellten. Ein schöner Strauß neuer Belastungen wird ihnen dargebracht. Das Einkommen dieser Kreise ist aber so niedrig, daß sie jetzt schon schwer das Auslangen finden. Es wird alles valorisiert, nur das Lohn-einkommen nicht. Dies scheint der Herr Dr. Englis zu übersehen. Es so also die Not der Arbeiterchaft noch größer werden als jetzt. Gegen solche Pläne muß sich die Arbeiterchaft mit allen Mitteln wehren. Es zeigt sich immer deutlicher, daß der Nachtgewinn des Bürgerturns, sich zum Schaden der Arbeiter auswirkt. Dies muß uns eine Lehre sein.

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Samstag.

Prag: 11.30, 12, 22 Nachrichten, 16.30 Konzert, Kammermusik, 17.30 Kinderstündchen, 18.20 tschech. Sendung MUDr. A. Biskup: Die Welt-sprache Esperanto, 18.15 Landwirtschaft. Junf, 18.30 Marionettentheater, 20 Konzertübertragung aus dem Repräsentationshaus. — Brunn: 14.30, 18 Nachrichten, 17.40 Kinderstunde für die reifere Jugend, 18 Verwaltungsrundfunk, 19 Orchesterkonzert, 20 Schriftsteller B. R. Jekabel liest Proben aus eigenen Werken vor, 21 Tanzabend. — Wien: 18.30 Bürgerfeier (8. Juni — gest. Dichter Gottfried August Bürger), 20 Bunter Abend. — Berlin: 17, 18, 20.30, 22.30 Konzerte. — Leipzig: 20.15 Alfred Kerr-Abend. — Breslau: 19.35 „Die Sprit seit Sillencron und George“ Dr. Werner Misch, 20.24 Feierter Abend.

Ungarn läßt sich durch unsere Zollvorlage bedroht.

Budapest, 10. Juni. Die ungarische Regierung hat gestern im Wege des Prager Gesandten der Tschechoslowakischen Regierung mitteilen lassen, daß, sofern die gegen den ungarischen Export gerichteten Prohibitivmaßnahmen der im Prager Parlament eben verhandelten Zollvorlage bestehen bleiben, die geplanten Wirtschaftsverhandlungen zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei von vornherein als ergebnislos angesehen werden können.

Inland.

Wie ist doch die Zeitung so interessant!

Und zwar nicht nur die jeweils von heute morgens, sondern oft weit interessanter ist die Lektüre von Blättern, die schon einige Monate zurückliegen. Alle Zeitungen bieten nämlich die beste Gelegenheit, Versprechen und Halben miteinander zu vergleichen, großmäulig-demagogische Lügen von Ideal und Volkstreue, denen ein paar Monate später die Wahrheit des Volksverrats um des lieben Gelds willen folgt.

Vor uns liegt der Leitartikel der „Deutschen Presse“, des christlichsozialen Hauptorgans, vom 22. Nov. 1925, also unmittelbar nach den Wahlen geschrieben. Da lesen wir:

„Mit dem 15. November hat in der Geschichte des kleinen tschechoslowakischen Staates ein neuer Abschnitt begonnen... mit dem 15. November ist auch ein Wendepunkt für uns Subtendente in diesem Staate eingetreten.“

In die Sprache des 12. Juni 1926 überseht, heißt das: die subdeutschen Arbeiter, denen sich bis zu den Wahlen die Christlichsozialen, Landbündler als Volksretter präsentierten, sehen jetzt, an diesem „Wendepunkt“, diese Herrschaften als mit dem tschechischen Bürgertum zur Volksausbeutung verbündet.

Doch lesen wir weiter:

„Führerlos, ziellos, programmlos, ohne inneren starken Zusammenhang, ohne Kristallisationspunkt haben bisher die einzelnen deutschen Parteien einer geschlossenen tschechischen Mehrheit gegenüber — dem unseligen System der Bündelkoalition. Nun ist diese Koalition unterlegen; sie wurde zur Minderheit.“

Juchheiß! Heute gibt es wirklich schon eine andere Mehrheit, in der die Christlichsozialen den Ausschlag geben und die das Werk der todesartigen altnationalen Koalition nach Kräften fortpflanzen: Ermächtigungsgesetze für das antidemokratische Regime, Hungerzölle für das geliebte subdeutsche Volk, Kampf für nationales und Sprachenrecht, indem Christlichsoziale und Landbündler mit den tschechischen Chauvinisten deutsche Anträge niederstimmen, sogar Anträge, die die Sprachenverordnung betreffen.

Am 22. November, als sie den „deutschen Bloß“ gründeten, da schrieben sie von einer

„Opposition, die auch nicht mehr wie früher aus kraftlosen Splintern besteht, sondern aus gewaltigen Balken, die nur richtig ausgewählt und zusammengefügt werden müssen, um ein festes Gebäude zu bilden.“

Opposition! Wer lacht da nicht? Weiter:

„... es muß ein Kernpunkt geschaffen, eine Basis gebildet werden, die der Träger der nationalen Politik des Subdeutschtums ist, die stark genug ist, die Richtung anzugeben, die unbedingt einig ist zur Abwehr, zum Kampf und — positiven Arbeit!“

„Der Bloß des nichtmarginalisierten deutschen Volkes ist berufen, die nationale Führung zu übernehmen...“

Abwehr, Kampf, nationale Führung! Dieser elende Volksbetrug, für den auch die deutschen Nationalsozialisten als Mitglieder des Deutschen Verbandes verantwortlich sind, hat sich restlos entpuppt. Geblieben ist nur die „positive Mitarbeit“ mit Herrn Vyskovsky vom Bodenanamt, der tau-

Devilenturle.

Prager Kurse am 10. Juni.

	Wert	Werte
100 holländische Gulden	1357.75	1363.75
100 Reichsmark	893.25	897.25
100 belgische Francs	101.55	102.95
100 Schweizer Francs	653.75	656.75
1 Pfund Sterling	164.10	165.80
100 Lire	124.55	125.95
1 Dollar	33.70	34
100 französische Francs	99.05	100.45
100 Dinar	59.45	59.85
10.000 ungarische Kronen	4.68 02	4.78 02
100 polnische Zloty	322	328
100 Schilling	476.57 50	479.57 50

Heber Matteotti darf nicht gesprochen werden!

Den Brüner Genossen wird die Gedenkrede für Matteotti polizeilich verboten!

Für gestern abends war von der deutschen sozialdemokratischen Partei in Brünn eine Trauerkundgebung für Matteotti einberufen, auf deren Programm neben künstlerischen Vorträgen auch eine Gedenkrede stand, die unser Senator Genosse Prof. Polach halten sollte. Die Brüner Polizei hat nun die Abhaltung dieser Versammlung verboten. Auf die Intervention unseres Parteisekretariats hin, ist dann dieses unerhörte Verbot zwar rückgängig gemacht worden, die Veranstaltung wurde erlaubt, jedoch unter der Bedingung, daß dort über Matteotti nicht gesprochen werde!

Man kann wohl ohne Uebertreibung sagen, daß etwas derartiges im gesamten Mittel- und Westeuropa, wenn wir die Tschechoslowakei noch hierzu zählen dürfen, unmöglich wäre und darum dort auch die nötige Beachtung finden wird. Es erhärtet sich, was wir schon gestern erklärten, daß sich die tschechoslowakische Regierung dem faschistischen Italien gegenüber wie ein Vasall benimmt. So wie das Verbot der Matteottiverammlung in Unteritalien nicht etwa ein Uebergriff der berühmten untergeordneten Behörde war, so ist auch die Brüner Gewaltmaßregel zweifellos auf Prager Anordnung hin erfolgt. Matteotti — das ist das in der ganzen Kulturwelt bekannte Todesopfer der faschistischen Mordbanden und ihres Anführers Mussolini. Ueber Matteotti reden, heißt, den Faschismus im allgemeinen und den italienischen im besonderen in Grund und Boden verfluchen und den Duce an den Pranger zu stellen. Die tschechoslowakischen Regierer aber schweigen vor Mussolini und vor dem faschistischen Italien und darum verhindern sie jedes freie Wort über sie. Deutschland, das arg bedrängt, hat im Augenblick der Notwendigkeit in aller Würde die Unverschämtheiten Mussolinis zurückgewiesen; in der Tschechoslowakei aber apporziert eine verachtete Staatspolizei und eine trotz aller Geschäftigkeit erfolglose Diplomatie dem Herrn Mussolini alles, was er will. Er ist der Letzte „Freund“, den sie sich hier noch nicht verschert haben. England steht mit dem Rücken zu Prag, Rußland hat man bohlottiert, Frankreich hat andere Sorgen und der Tschechoslowakei gegenüber auch schon eine gewandelte Gesinnung. Deutschland, Polen, un-

terstützte deutscher proletarischer Existenzen auf dem Gewissen hat!

Ueber den „deutschen Bloß“ hieß es am 22. November:

„... jeder wird sich freuen, das gesamte deutsche Volk ihn als Tat begrüßen, der Subdeutsche wider Wille Ziel und Führung sehen, wieder an die Zukunft glauben lernen... auch praktische handgreiflichen Erfolge gibt es vom ersten Tage an, da dieser Bloß, so Gott will, bestehen wird...“

Gott hat gewollt. Die handgreiflichen Erfolge sind da, Großbauern und Pfaffen greifen wirklich mit allen Händen zu. Und „der Subdeutsche“ überquillt vor Freude. „Der Bloß stellt die Mehrheit des subdeutschen Volkes dar“ — und siehe da, mit dieser Mehrheit regiert Svebha, Kramak und Sramel gegen die deutschen Arbeiter, Beamten, Angestellten und Kleinbauern.

Es soll auch christlichsoziale Arbeiter und Kleinbauern geben. Wir empfehlen ihnen, wenn sie sich nunmehr noch weniger Brot und Fleisch werden kaufen können, zum Trost und zum Magenfüllen ihre alten Zeitungen durchzulesen. Das dürfte eine außerordentliche Stärkung ihres nationalen und sozialen Gefühls sein!

Sprachenverordnung und Sprachenrecht.

Im tschechischen sozialdemokratischen Parteiverlag (A. Svěcený) ist aus der Feder Dr. Emil Sobota's, der schon vorher im „Právo Lidu“ eine Artikelserie über die Sprachenverordnung veröffentlichte, eine Darstellung des tschechoslowakischen Sprachenrechtes in Form einer Broschüre erschienen. Es handelt sich um Wesen um eine bloße Paraphrase der Bestimmungen des Sprachengesetzes, der Durchführungsverordnung zu ihm sowie der sonstigen, Sprachenfragen regelnden Spezialbestimmungen.

In den Einleitungsworten hebt der Verfasser hervor, seine Schrift sei keine Kritik der Sprachenvorschriften in bezug auf ihren Inhalt und ihre politische Bedeutung; sie prüfe insbesondere nicht, inwiefern die Vorschriften der Absicht des Verfassungsgesetzgebers treu geblieben sei, die Sprachenfrage nicht als Politikum, sondern vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit zu regeln. Das Büchlein enthalte bloß die Auslegung der Sprachenvorschriften; es antwortete bloß auf die Frage, was geschrieben ist, nicht, was geschrieben sein sollte. — Dieser bescheidenen Zielsetzung kommt das angezeigte Büchlein im Wesen nach.

Allerdings ist auch hier eine wichtige Einschränkung zu machen: selbst eine Darstellung der geltenden Rechte, die bewußt von jeder juristischen oder politischen Kritik absteht, muß, so weit es sich um Normen handelt, die in einer bloßen Verordnung, nicht in einem

*) Dr. Emil Sobota „Výklad našeho jazykového práva“ (Auslegung unseres Sprachenrechtes) Gesetze enthalten sind, prüfen, ob die Bestim-

gungen der Verordnung mit dem Gesetze im Einklange sind; ob die Verordnung das Recht hatte, eine bestimmte Frage überhaupt zu regeln und ob sie das Recht hatte, sie so zu regeln, wie es geschrieben ist. Eine solche Prüfung ist nicht Kritik, sondern Erforschung des geltenden Rechtszustandes, denn nur auf Grund einer solchen Prüfung kann festgestellt werden, was tatsächlich rechtens ist. Insofern die Verordnung mit dem Gesetze nicht im Einklange steht, ist das, was in ihr „geschrieben“ ist, keinesfalls geschriebenes Recht, sondern eine wirkungslose Willensäußerung der Regierung. Der Richter, der nur an das Gesetz gebunden ist, hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, in einem solchen Falle die Wirkungslosigkeit der Verordnung festzustellen und darf nicht nach ihr Recht sprechen. Wenn also Sobota auch der Prüfung der Frage der Gesetzmäßigkeit der Verordnung aus dem Wege geht, unterläßt er eine der wichtigsten Tätigkeiten, die dem Darsteller des geltenden Rechts obliegen; sein Büchlein ist infolgedessen keine verlässliche Darstellung dessen, was in Sprachenfragen rechtens ist, sondern bloß dessen, was die Regierung als geltend gerne sehen möchte.

Aus dem angeführten erg gesteckten Ziele der Schrift und aus ihrem erwähnten Kardinalfehler geht hervor, daß sie nicht geeignet ist, die tschechische Öffentlichkeit und insbesondere die tschechische Arbeiterschaft, für die sie ja in erster Linie bestimmt zu sein scheint, über die Probleme der Sprachenfrage und des Sprachenrechtes zu informieren.

Gelungener Verlauf der Feier.

Brünn, 10. Juni. Die Matteotti-Feier, die einen starken Besuch aufzuweisen hatte, fand heute abend dennoch statt und gestaltete sich zu einem eindrucksvollen Protest gegen die faschistischen Gewaltmethoden. Eingeleitet wurde die Feier durch Singsongs des Arbeiter-Bildungsvereines und Regitationen der Frau Kadlé vom Stadttheater. Die Gedenkrede hielt Genosse Senator Polach, der trotz des Verbotes dem schärfsten Protest gegen die Gewalttaten und Gewaltmethoden des Faschismus Ausdruck verlieh. Seine mit starkem Beifall aufgenommene Rede klang in einen Kampf gegen das Regime des Faschismus und gegen die faschistischen Erscheinungen auch in unserem Staate aus.

Brünn, 10. Juni. Die Matteotti-Feier, die einen starken Besuch aufzuweisen hatte, fand heute abend dennoch statt und gestaltete sich zu einem eindrucksvollen Protest gegen die faschistischen Gewaltmethoden. Eingeleitet wurde die Feier durch Singsongs des Arbeiter-Bildungsvereines und Regitationen der Frau Kadlé vom Stadttheater. Die Gedenkrede hielt Genosse Senator Polach, der trotz des Verbotes dem schärfsten Protest gegen die Gewalttaten und Gewaltmethoden des Faschismus Ausdruck verlieh. Seine mit starkem Beifall aufgenommene Rede klang in einen Kampf gegen das Regime des Faschismus und gegen die faschistischen Erscheinungen auch in unserem Staate aus.

Es muß mit Bedauern festgestellt werden, daß die offizielle tschechische Jurisprudenz gerade in der Behandlung der Sprachenverordnung bedeutend mehr Mut und Selbstkritik an den Tag legt, als diese im sozialdemokratischen Parteiverlag erschienene Broschüre.

Dr. Egon Schwelb.

Zur Wahl der drei Direktoren der Zentralsozialversicherungsanstalt wird uns geschrieben: Am 9. Juni hat die Mehrheit des Plenums des vierziggliedrigen vorbereitenden Ausschusses für die Sozialversicherung den Vorschlag des Präsidiums bekräftigt, so daß Ministerialrat Dr. Fleischmann, Dr. Klumpar, erster Sekretär des tschechoslowakischen Industriellenverbandes (Svaz) und Ministerialrat Dr. Jenkl der Minister für soziale Fürsorge als die gesetzlich vorgesehenen drei Direktoren vorgeschlagen werden. Es ist selbstverständlich, daß die deutschen Mitglieder des vorbereitenden Ausschusses schon gleich bei den ersten Besprechungen über die Wahl der Direktoren mit Rücksicht auf die Volksgerechtigkeit der Versicherer und Arbeitgeber und auf die wirtschaftliche

Kraft der von ihnen vertretenen Gruppen die Forderung aufgestellt haben, daß unbedingt einer der drei Direktoren dem stärksten Minderheitsvolke angehören müsse, wenn die Sozialversicherung nicht gleich von Anfang an ein Spielball der Parteien sein soll. Die deutschen Mitglieder des vorbereitenden Ausschusses empfahlen den Abgeordneten Taub, der aus seiner Tätigkeit in der Vorbildlichen Brüner Bezirkskrankenkasse, der größ-

ten Anstalt der Republik, als vorzüglicher Fachmann des Krankenversicherungswesens und Organisator die größten Verdienste erworben hat, dessen Mitarbeit in der Zentralsozialversicherungsanstalt deshalb wünschenswert gewesen wäre, weil Taub an dem Sozialversicherungsgesetze von Anfang an mitgearbeitet hatte und weil einer der Direktoren ein gewiegter Fachmann im Krankenversicherungswesen sein sollte, zumal die Krankenstellen den Unterbau für die gesamte Sozialversicherung zu bilden haben. Weiters wurde Georg Seer, der leitende Sekretär der Landesstelle II der allgemeinen Pensionsanstalt als Direktor vorgeschlagen, dessen organisatorische Fähigkeiten auch von tschechischen Fachleuten allgemein anerkannt werden. Mit Rücksicht auf den Motivenbericht, der vorliegt, daß einer der Direktoren ein Jurist, einer ein Versicherungsmathematiker und einer ein Arzt sein soll, wurden von den deutschen Mitgliedern des vorbereitenden Ausschusses weiters als Versicherungsmathematiker Ing. Anton Gütling, Chefmathematiker-Stellvertreter der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt in Prag und als Arzt Dr. Holtscher vorgeschlagen. Keiner der vorgeschlagenen deutschen Fachleute wurde gewählt, denn, trotzdem bei den feinerzeitigen parlamentarischen Beratungen des Sozialversicherungsgesetzes versprochen worden war, daß auf die nationale Gliederung der arbeitenden Rückficht genommen werde, hat der eingangs angeführte Antrag des Präsidiums die berechtigten Ansprüche der Deutschen überhaupt nicht berücksichtigt. Bei einigem guten Willen und wenn nur sachliche Gründe wirksam gewesen wären, wäre es möglich gewesen, schon bei der Auswahl der Direktoren dem Berufsverhältnisse Rechnung zu tragen. Eigentlich hätte dies eine Selbstverständlichkeit sein sollen, daß ein deutscher Fachmann vom Präsidium selbst als Kandidat aufgestellt wird. Das ist nicht geschehen. Als aber einwandfreie Kandidaten von deutscher Seite vorgeschlagen wurden, wurde dies kurzerhand beiseite gelegt und den Antragstellern nicht einmal geantwortet. Es kann nur als eine Bräufierung bezeichnet werden, daß die nach allen Richtungen hin begründeten Vorschläge unbeachtet gelassen und ohne Angabe der Gründe übergangen wurden. Die deutschen Mitglieder des vorbereitenden Ausschusses hatten den besten Willen, an der Sozialversicherung nach besten Kräften mitzuarbeiten, damit dieses große Werk den reichlich gemachten Versprechungen genüge. Gerade die Sozialversicherung braucht das unbedingt Vertrauen aller von ihr erfaßten oder an ihr interessierten Personen. Zweieinhalb Millionen Versicherte und alle ihre Arbeitgeber werden nur dann die ihnen auferlegten schweren Lasten gerne tragen, wenn sie die Bestimmtheit haben, daß ihre Interessen in der Zentralstelle von Fachmännern ihres Vertrauens gehütet werden. In der Vollziehung des vorbereitenden Ausschusses vom 9. Juni haben seitens der Versicherten die deutsch-sozialdemokratischen Abgeordneten Schäfer und Hackenberg, seitens der deutschen Arbeitgeber Dr. Wilto Kotzba und Inspektor Robert Stöhr (Bund der Landwirte), seitens der deutschen Fachleute Prof. Dr. Rauberg auf das Entschiedenste dagegen protestiert, daß dem berechtigten Wunsche nicht Rechnung getragen wurde, einen der drei Direktoren aus dem Kreise der vorgeschlagenen bestqualifizierten Fachleute deutscher Volksgerechtigkeit zu nehmen. Es ist selbstverständlich, daß in einer Anstalt von der Größe der Zentralsozialversicherungsanstalt unter den Hunderten von Beamten auch deutsche Kräfte aufgenommen werden müssen. Bisher ist ein einziger Deutscher, Dr. Josef Lippert, Vize-Sekretär der Landesstelle II der allgemeinen Pensionsanstalt, aufgenommen worden, um die Leitung einer Abteilung zu übernehmen. Das schwere Unrecht, das die tschechischen Mehrheitsparteien in der Direktorenfrage bewußt begangen haben, kann nur dadurch einigermaßen abgeschwächt werden, daß bei Besetzung aller übrigen Stellen auch deutsche Fachleute, Beamte und Beamtinnen volle Berücksichtigung erhalten.

Ausfaltungen der Faschisten in Mährisch-Ostau. Der „Duch Casu“, das Ostrauer Blatt der tschechischen Sozialdemokratie, vom Mittwoch, enthält eingehende Schilderungen über die Vorfälle in Mährisch-Ostau am Dienstag. Es fanden nämlich gleichzeitig eine sozialdemokratische Versammlung gegen die Faschisten statt, die von mehreren tausend Arbeitern besucht war und in der Abgeordneter Profes sowie Redakteur Cepel sprachen, und eine Versammlung der Faschisten. In der faschistischen Versammlung sprach der Abgeordnete Dyt und der ehemalige slowakische Kommunist Janousek. In die Faschistenversammlung wollte auch ein Legionär, der das Legionärabzeichen trug, Einlaß haben, der Eintritt wurde ihm aber verweigert. Als er darauf bestand, die Versammlung zu besuchen, erhielt er von einem Faschisten einen Schlag mit der Faust in den Bauch, so daß er zur Erde fiel. Vier Personen, die ihm zu Hilfe eilten, wurden von Faschisten, die mit Gummimitteln bewaffnet waren, geschlagen. Polizeiangenoten, welche zusehauerten, gingen weg, um nicht einschreiten zu müssen. Als diese Nachricht in die sozialdemokratische Versammlung gelangte, begaben sich Massen von Menschen zum Ostrauer „Narodni Dum“, wo die Faschistenversammlung stattfand. Da die Polizei den Sozialdemokraten den Zutritt verweigerte, belagerten die Massen längere Zeit das Narodni Dum. Die Faschisten bekamen, als sie die Massen von Sozialdemokraten sahen, eine panische Angst. Viele von ihnen überkletterten den Zaun des Gartens, in welchem das Versammlungslokal liegt und machten sich auf dem Staube. Die Arbeiter Ostraus haben damit den Faschisten gezeigt, daß ihre Geduld eine Grenze hat.

Tages-Neuigkeiten.

Sprechende Zahlen.

Wie sich die Zölle auf die Wirtschaft eines Kleinlandwirtes auswirken werden.

Ein Kleinlandwirt aus dem Teschener Bezirk schreibt uns:

Ich besahe 110 Ar Grund, halte eine Kuh und habe drei Küpfe zu versorgen. An Schlachtvieh habe ich nie etwas zu verkaufen, denn wenn die eine Kuh einmal zur Zucht unbrauchbar wird und geschlachtet werden muß, muß ich wieder eine andere Zuchtkuh kaufen. Je höher die Viehpreise, desto mehr muß ich darauf zahlen, so daß mich der Viehzoll, der das Vieh verteuert, sehr schädigt. Für die Butter, die mir von einer mittelmäßigen Kuh außer dem Verbrauch dreier Familienangehöriger noch zum Verkauf übrig bleibt, erzielte ich im letzten Jahre 2040 Kronen. Waren fünf oder sechs Küpfe vorhanden, fielen auch der Butterverkauf gänzlich weg, so daß auch hier der Zoll nur sehr wenig oder gar nichts einbringt. Ich muß jährlich mindestens 8-9 Metzen Meie als Kraftfutter zukaufen. Nach Inkrafttreten der Zölle wird die Meie um 10-15 Kronen teurer sein, was mir einen Schaden von 90-130 Kronen jährlich verursachen wird. Die etwa 80 Kilogramm Fleisch, die ich im Jahre kaufe, werden mir durch den geplanten Zoll um ungefähr 160 K verteuert werden. Da ich weiter das ganze Kraftfutter, wie Mais, Schrot, Futtermehl und Gerstenschrot kaufen muß, wird mir durch die Zölle nun auch das Halten von Schweinen fast unmöglich. In Roggen und Weizenmehl brauche ich für meine dreiköpfige Familie 400 Kilogramm im Jahre, wovon ich 130 Kilogramm selbst bauge. Beim Kauf der restlichen 270 Kilogramm würde mir durch den geplanten Zoll eine weitere große Mehrausgabe ausgedrückt. Wir, die wir im Randgebiet meistens auf Viehhaltung und auf Milch und Buttererzeugung eingerichtet sind, die wir für die Familien viel Getreide und Mehl, für das Vieh viel Kraftfutter zukaufen müssen, bekämen durch die geplanten Zölle große Mehrausgaben, die die Lebenslage der kleinen Landwirte sehr erschweren. Das gilt auch für jene Kleinlandwirte mit 3 bis 4 Dekar Grund und 2 bis 3 Kühen. Auch sie hätten von den hohen Zöllen keinen Nutzen, da auch sie weniger zu verkaufen haben, aber viel Kraftfutter zukaufen müssen.

Diese schlichte Aufzählung der voraussichtlichen Wirkung der Zölle auf die Wirtschaft und das Leben eines Kleinlandwirtes ist eine so treffliche Erleuchtung der landbändlerischen Argumente, daß wir ihr wohl nichts mehr hinzuzufügen müssen.

Die „Deutsche Studentenschaft“.

Die Ausschreitungen in Hannover gegen Professor Lessing scheinen zu einem Sturm auf der völkischen Studenten gegen das preussische Kultusministerium werden zu wollen, in einer Zeit, wo in Preußen die Entscheidung über das Schicksal der „Deutschen Studentenschaft“ in ihrer heutigen Form fallen soll.

Die „Deutsche Studentenschaft“ ist die Spitzenorganisation der rein völkisch eingestellten Studentenschaften der einzelnen Universitäten und umfaßt auch die auf dem Kampfstandpunkt stehenden Studenten in der Tschechoslowakei und in Oesterreich.

Nachdem in Baden bereits eine entsprechende Verordnung erlassen worden war, nahm der Hauptausschuß des preussischen Landtages einen Antrag der Sozialdemokraten an, wonach die Organisationen der Studentenschaft auf dem Staatsbürgerprinzip aufgebaut sein sollen und an den Rechten der akadem. Bürger alle deutschen und österreichischen Staatsbürger sowie alle Auslandsdeutschen, die als solche vom Rektor anerkannt werden, teilnehmen können. Den Studentenschaften Preußens und Badens soll es unterstellt sein, sich mit anderen als Gleichorganisierten zu koalieren.

Damit steht die „Deutsche Studentenschaft“ vor der Entscheidung: entweder ihre Statuten den neuen Verhältnissen anzupassen oder aber auf die preussischen Gruppen zu verzichten und so die Hälfte der Mitglieder zu verlieren.

Der sudetendeutsche neunte Kreis der „Deutschen Studentenschaft“, auch sonst gerade jetzt in keiner beneidenswerten Situation, wird dadurch schwer betroffen. Er hat es immer wieder versucht, als alleiniger Vertreter der deutschen Studenten in der Tschechoslowakei anerkannt zu werden, doch wurden alle Versuche, darauf abzielende Bestimmungen in die verschiedenen Entwürfe zur Schaffung eines Studentengesetzes an den deutschen Hochschulen in der Tschechoslowakei aufzunehmen, vereitelt. So begünstigten sich die Völkischen mit der Anerkennung ihrer Gesinnungsgenossen in Deutschland und Oesterreich und veränderten lieber jede Form des Studentenrechtes, welche die Studentenschaft nicht zu ihrer Parteidomäne gemacht hätte. Diesen Standpunkt werden sie nun gründlich ändern müssen, wenn sie die organisatorische Verbindung mit den deutschen Studentenschaften weiter aufrechterhalten wollen. Sonst bleibt ihnen nur vollkommene Isolierung übrig, die erst recht zeigen wird, wie wenig sich hinter ihren tönenden Phrasen verbirgt. Dafür, daß sie an den Hochschulen nicht zu groß werden, wird schon Sorge getragen werden. Der sogenannte neunte Kreis der Deutschen Studentenschaft hat es bisher nie zugelassen, daß alle Studenten Einblick in die Verwaltung ihrer Angelegenheiten haben und dabei auch wirklich mit-

stimmen. Er hat so alle Verantwortung auf sich genommen und wird die Frage zu beantworten haben, wieviel Möglichkeiten er ausgenutzt hat, um der Studentenschaft zu helfen. —th.

Die Heße gegen den Präsidenten. Gegenwärtig weilt in Prag eine Gruppe amerikanischer Ärzte, denen zu Ehren der Präsident der Republik einen Empfangsabend veranstaltet. Dazu werden an tschechische und deutsche Ärzte Einladungen verschickt, die auf einer Seite einen deutschen, auf der anderen Seite einen tschechischen Text aufweisen. Das wird nun vom Abendblatt der „Moravni Listy“, das jede Gelegenheit wahrnimmt, um dem Präsidenten der Republik ein auszuweichen, zu einer Heße gegen den Präsidenten benützt. In großen Lettern bringt das Blatt eine Notiz über dem Titel „Die deutsche Sprache in der Kabinettskanzlei des Präsidenten“ und beschuldigt die Kanglei, daß diese aus der tschechoslowakischen Republik einen tschechischen Staat mache!

Der Rettung des Vaters ums Leben gekommen. Von einem tragischen Schicksal wurde der Eisenbahnwächter Jizka in Dienendorf bei Budweis betroffen. Während er seinen Dienst versah, bemerkte er, wie sein Vater, ein Greis von 80 Jahren, der eben mit dem Verschleusen der auf dem Bahnkörper weilenden Gänse beschäftigt war, Gefahr lief, von dem heranziehenden Lastzug erfasst zu werden. Er wollte seinen Vater retten, was ihm auch gelang, indem er ihn in den Graben rief, wurde aber hierbei selbst von der Lokomotive erfasst und fortgeschleppt, wobei er so schwere Verletzungen erlitt, daß er ihnen während des Ueberführens ins Krankenhaus erlag.

Innerprag gegen die Getreidezölle. In der gestrigen Sitzung des Ortsrates Prag I-VII beantragte die Kommunistin Bouček, das Präsidium möge bei der Regierung namens der Bevölkerung von Innerprag gegen die Einführung der Getreidezölle Protest einlegen. Der Antrag wurde mit 7 gegen 2 Stimmen angenommen. Der deutsche Vertreter Dr. Leo Epstein (Deutschdemokrat) stimmte für den Antrag.

Von einem polnisch-tschechischen Messerkampf. Der sich am letzten Sonntag in Mosty bei Jablunkau in Tschechisch-Schlesien anlässlich einer tschechischen Feier abgepielt hat, erfährt man erst auf dem Umweg über das „Berliner Tageblatt“. In den Saal, in dem die Feier stattfand, drang eine Gruppe Polen ein, die über die Teilnehmer mit Gummiknüppeln und Messern herfielen. Ein Schneiderlehrling erlitt einen Schlag auf den Kopf, ein Arbeiter Messerstiche in den Arm, ein anderer Messerstiche in den Rücken. Ein Festteilnehmer erlitt berat schwere Verletzungen, daß er in das Krankenhaus geschafft werden mußte, wo er bald darauf verstarb. Als ein Festteilnehmer einen Revolver auf die Polen abfeuerte, verließen diese fluchtartig den Saal.

Die Bezeichnung „Egerland“ zulässig. In der Antwort des Postministers Dr. Jaska auf eine parlamentarische Anfrage heißt es: Die Bezeichnung der Postsendungen mit „Egerland“ ist nicht unzulässig. Dieser Umstand sollte auch dem Postbeamten bekannt sein, welcher den Brief, der den Anlaß zur Interpellation gab, zurückgestellt hat. Wegen dieser Nachlässigkeit wurde gegen ihn eingeschritten.

Der Führer der Egerer Kommunisten von seiner Partei abgesetzt. Aus Eger wird berichtet: Schon lange kursieren Gerüchte, Schlenz sei von seinen Parteigenossen gestürzt worden. Diese Gerüchte bestätigten sich insofern, als eine etwa 30 Personen zählende Versammlung über Schlenz, der die Parteidisziplin gebrochen haben soll, zu Gerichte sah und ihn aus der Partei ausgeschlossen hat. Schlenz selbst behauptet, der Grund der Ausschließung sei, er hätte sich nicht dem Diktat der kommunistischen Partei in Pilsch und deren Sekretären gefügt. Auch hätte er eine Tätigkeit in nationalem Sinne geübt, was der Moskaurichtung nicht entsprochen habe. Wenn der Beschluß aufrecht bleibt, verliert Schlenz das Stadtvertretungsmandat.

Zum Tode Hillebrands ist der Partei u. a. noch eine Weilsiedlungsbewegung der Auslandsvertretung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, Berlin, gezeichnet vom Genossen Abramowitsch, zugegangen.

Widerrechtlich in einem tschechischen Irrenhaus zurückgehalten. Der in Wien lebende Kaufmann Zetka hat, wie die „Bohemia“ meldet, eine Klage gegen den tschechoslowakischen Staat eingebracht, worin er die Bezahlung von einhalb Millionen tschechischer Kronen samt Zinsen begehrt. Nach seinen Angaben hat er im Jahre 1923 in Wien mehrere Waggons wertvoller Möbel gekauft und mit der Ausfuhrbewilligung nach Holland gebracht. Dort wurde er durch einen tschechischen Agenten nicht nur um die wertvollen Möbel, sondern schließlich auch um die Kaufsumme gebracht und zum Schluß hätte er ihm 1300 holländische Gulden daraufzahlen sollen. Bei den holländischen Behörden fand er keinerlei Unterstützung und diese wurde ihm auch von dem tschechischen Gesandten in Holland versagt. Er lehnte sodann nach Prag zurück, brachte seine Beschwerden bei den tschechischen Regierungsstellen vor und im Ministerium wurde ihm die Zusicherung gegeben, daß er ganz ruhig sein könne, man werde ihn vor Schaden bewahren und zu seinem Geld verhelfen. Als er dann trotz der Zusicherung des Prager Ministerialbeamten die Klage überreichte, wurde er zur Polizei vorgeladen. Dort wurde er durch den Amtsarzt untersucht, für irrsinnig erklärt und

an eine Irrenanstalt abgegeben. Einige Zeit hindurch blieb er dort interniert und man erklärte ihm, daß seine Entlassung nur unter der Bedingung erfolgen würde, wenn er die gegen den Staat eingebrachte Klage bedingungslos zurückziehen würde. Auf sein gutes Recht pochend, weigerte er sich aber. Seine erwachsenen Kinder bemühten sich, ihn gegen Rebers übernehmen zu dürfen, doch auch den Kindern gegenüber wurde gesagt, daß nur die Zurückziehung der Klage die Entlassung zur Folge haben könnte. Nach längerer Zeit gelang es seinen Kindern schließlich zu erreichen, daß ihr Vater in die Heilanstalt nach Kremsier gebracht wurde und dort endlich nach weiteren Monaten die Freiheit erlangte. Von mehreren Ärzten und Psychiatern hat er sich untersuchen lassen und alle stimmten in ihrem Gutachten überein, daß an ihm keine Spur einer geistigen Störung bemerkbar wäre.

Eine mächtige Kundgebung gegen die Zölle in Grulich. Seit der Zeit der Spaltung hat Grulich noch keine so massenhafte Kundgebung gesehen wie am 8. Juni gegen die Zölle. Die Bezirksorganisation und die freien Gewerkschaften riefen die Arbeiter und sie kamen trotz der anstrengendsten Gegenaktion der Christlichsozialen massenhaft. In die 1000 Arbeiter versammelten sich nach Arbeitschluss am Ring, wo Genosse Richter aus Mährisch-Schönberg eine feurige Protestrede gegen die Einführung der Zölle hielt. Auch viele jener Arbeiter, die bei den letzten Wahlen christlichsozial gewählt haben dürften, waren anwesend und von ihren Gesichtern konnte man die Ueberzeugung ablesen, als Genosse Richter den Verrat der christlichsozialen Abgeordneten und Senatoren an ihren Wählern nachwies. Bemerkenswert ist noch, daß heute, vielleicht durch die Spaltung bedingt, Grulich eine florierende Hochburg ist und daß leider der überwiegende Teil der christlichsozialen Stimmen aus Arbeiterkreisen stammen, doch dürfte das Verhalten ihrer Abgeordneten und Senatoren zu einer gewaltigen Ernüchterung führen. Dies läßt sich aus der impulsiven Zustimmung zu dem Appell des Gen. Uhrner schließen, bei den nächsten Wahlen anders zu handeln und so zu wählen, daß die christlichen Abgeordneten und Senatoren von der Bildfläche verschwinden.

Großer Sacharinschmuggel in Ostschlesien. Schon längere Zeit hindurch wird aus allen möglichen Plätzen das Auftauchen von geschmuggeltem Sacharin bemerkt. Durch die Gefällskontrollämter wurde das Finanzministerium in Prag von dem Auftauchen von fremdem Sacharin verständigt. Man vermutete sofort, daß es sich um Sacharin aus Deutschland handelt und es wurde in Prag festgestellt, daß Sacharinnamen unter der falschen Deklaration von Erdfarben aus Deutschland in die Tschechoslowakei eingeführt werden. Nach eingehenden Erhebungen wurde in Gaha der Bauunternehmer Jager verhaftet. Nachdem er acht Monate im Untersuchungsgefängnis verbracht, sagte er erst jetzt aus, daß sich das Netz der Schmuggler bis über die Grenzen der Tschechoslowakei ausbreite. Die Spuren führten auch nach Friedel, weshalb Gefällskontrolloberverwalter Anton Swoboda von der Gefällskontrollabteilung des Finanzministeriums nach Friedel beordert wurde, um dort die Untersuchung einzuleiten. Die Friedeler Gefällskontrollbehörde stellte zusammen mit dem Oberverwalter, fest, daß sich bei Borik, dem Direktor der Friedeler Zabruba, 36 Kisten des geschmuggelten Süßstoffes befinden. Borik wurde auf Anordnung des Prager Gefällskontrollors sofort in verschärfte Gefällshaft genommen. In der nächsten Zeit dürfte es in vielen Orten der Tschechoslowakei zu Verhaftungen in Angelegenheit des Sacharinschmuggels kommen. Es sind bereits viele Namen festgesetzt, bei denen es sich um sonst erstklassige Staatsbürger, Patrioten, handelt.

Die Lokomotive der Zukunft.

Solange es Eisenbahnen gibt, besteht auch das Bestreben, sie zu verbessern, wirtschaftlicher und leistungsfähiger zu gestalten. Zweifelloß ist in hundertjährigem Bemühen auf diesem Gebiete sehr viel erreicht worden. Schon der äußere Vergleich zwischen einer alten Zugmaschine und einer modernen Heißdampflokomotive zeigt, welch langer Weg hier zurückgelegt wurde. Aber trotzdem lieben unsere wirtschaftlich denkenden Techniker selbst die schönste Dampflokomotive nicht allzu sehr. Unsere Kolbendampflokomotiven sind wahre Verschwender der kostbaren Brennstoffe. Von 100 Wärmeeinheiten, die dem Kessel zugeführt werden, leisten nur 3 bis 7 mechanische Arbeit, d. h. 93 bis 97 Wärmeeinheiten gehen ungenutzt verloren. Bei der Turbinenlokomotive, die sich auch noch immer im Versuchsstadium befindet, beträgt der Verlust noch immer etwa 85 Wärmeeinheiten von 100. Den besten wärmetechnischen Wirkungsgrad besitzt noch die Diesellokomotive, die bereits 25 bis 30 Wärmeeinheiten von 100 ausnützt. Sie hätte sich längst rücksichtslos durchzusetzen, wenn das Dieselöl nicht so teuer wäre.

Mit der Verwendung der Diesellokomotive ist nun ein ganz neuer Weg zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit im Lokomotivbetrieb beschritten worden, der jedoch erst dann zum Ziele führen wird, wenn es gelingt, Großdiesellokomotiven für Dauerbetrieb auf langen Strecken zu schaffen. Die Deutsche Reichsbahn beschäftigt sich jetzt eingehend mit diesem Problem. So wird gegenwärtig eine Maschine erprobt, die 1200 Pferdestärken leistet. Es handelt sich hier

Eine litauische Stadt eingeeäschert. In der Nacht zum Dienstag ist das etwa 50 Kilometer von Memel entfernt liegende litauische Städtchen Salanty bis auf die Kirche völlig niedergebrannt. 150 Familien sind obdachlos. Nach bisherigen Meldungen sind zwei Personen ums Leben gekommen.

Ein Theater niedergebrannt. In Lüttich ist das wallonische Theater, das in der Mitte der Stadt liegt, durch Brand zerstört worden. Der Schaden wird auf 1 Million Franken geschätzt. Die Brandursache ist böswillige Brandstiftung.

Vor den Augen der Eltern ertrunken. Der Jng. Bauer der Brünner Maschinenfabrik war mit Frau und zwei Kindern am 5. Juni in Hinterwassee bei einer Hochzeit. Am abendlichen Heimweg von Brünn nach Hinterwassee überschritten sie auf einem schmalen Steg den Zwitterfluß. Bauer trug das kleinere Kind am Arme, während seine Gattin das fünfjährige Mädchen führte. Beim Ueberstreiten des Steges fiel das Mädchen in die Zwitter, die angeschwollen war. Der Vater sprang dem Kinde sofort nach, konnte aber in der Dunkelheit das Mädchen nicht retten.

Feuergefecht mit Wilderern. In den Wäldern der Kaiser Herrschaft ist es zu einem Zusammenstoß mit Wilderern gekommen. Der Jeger Suchanek überraschte im Walde zwei maskierte Wilderer mit Gewehren, die auf dem Rücken Teile der Beute trugen. Zwischen den Wilderern und dem Jeger kam es zu einem Feuergefecht, in dessen Verlauf sich die Wilderer in den dichten Wald zurückzogen und verhielten. Suchanek feuerte auf die flüchtenden Wilderer mehrere Schüsse ab, offenbar ohne zu treffen. Mit Rücksicht auf das Auftauchen zahlreicher Wilderer in den dortigen Wäldern, ist zu ihrer Ergreifung eine größere Aktion geplant, um die Sicherheit der Wälder wieder herzustellen.

Verzweiflungstod einer Mutter. In Peterswald, wo ihr Mann auf dem Sedwischacht bedienstet ist, hat laut einer Meldung aus Mähr.-Odra die 26-jährige Bergmannsgattin Marie Korenovsky ihrem acht Monate alten Kinde Essigsäure in den Mund gegossen und es dadurch getötet. Sie versuchte sich dann selbst zu vergiften, wurde aber, noch ehe das gelang, mit schweren Verletzungen im Rücken aufgefunden. Sie wurde dem Spital in Orlau übergeben. Die Ursache der Verzweiflungsthat scheint darin zu liegen, daß die Korenovsky mit dem ihr zur Verfügung gestellten Verdienst ihres Mannes nicht ausgekommen ist und bei Kaufleuten Schulden in der Höhe von insgesamt 5500 K hatte, zu deren Abstattung sie keine Möglichkeit sah. Das acht Monate alte Kind wollte sie nicht ohne Mutter lassen.

Vierzehnte tschechoslowakische Klassenlotterie. (Grundzahlen 00 und 65.) 40.000 K: 61765; je 20.000 K: 112465, 208000; je 10.000 K: 164665, 185065; je 5000 K: 11000, 13900, 26365, 62600, 86665, 96800, 100065, 121665, 126665, 128800, 134500, 146565, 149065, 150165, 151065, 197200, 197400, 216400, 218100, 222200, 233800, 235300, 235665; je 2000 K: 21465, 29665, 32665, 34300, 35800, 38265, 69700, 71100, 79500, 83065, 104600, 105400, 109500, 114200, 115100, 116700, 150200, 154365, 155800, 155900, 162065, 163400, 164565, 167400, 168065, 182865, 185500, 187700, 189865, 191065, 196600, 197865, 198500, 203665, 206165, 227665, 228965, 232065; je 1000 K: 600, 1265, 2165, 7600, 8900, 10900, 11565, 14765, 16900, 17000, 19000, 22665, 24965, 25165, 28065, 28300, 30300, 33800, 34065, 37700, 38565, 45200, 52265, 54000, 54500, 55100, 58800, 64200, 65565, 72900, 72965, 75965, 79300, 80565, 83200, 85300, 87665, 89400, 90465, 93265, 93665, 97065, 100300, 101500, 103700, 105565, 107400, 108665, 108665, 110000, 113000, 115565, 116100, 119265, 119400, 127665, 128765, 131765, 133465, 134265, 134900, 138365, 139165, 142200, 143300, 143465, 149500, 153300, 157600, 158100, 161500, 163665, 165100, 172600, 172665, 175165, 180565, 182265, 183665, 188665, 190865, 199665, 200265, 210800, 211200, 211700, 216165, 224265, 224600, 224865, 230565, 230865, 236500, 237865.

um eine Diesellokomotive, bei der die Kraft des Dieselmotors durch eine elektromagnetische Reibungskuppelung auf ein dreigängiges Getriebe übertragen wird, das auf eine Blindwelle wirkt, die durch Schubstangen die Treibachsen bewegt. Diese Maschine hat im Dauerbetrieb durchschnittlich eine Ausnutzung des Treiböls von 30 Prozent ergeben, die teilweise sogar noch erheblich überschritten wurde. Trotzdem sind die Ingenieure mit dieser Maschine nicht zufrieden. Sie hoffen durch erhebliche Herabsetzung des Motorgewichtes bei gleichbleibender Leistung zu wesentlich besseren Ergebnissen zu gelangen. Die Dieseltreiblokomotive hat sich der sogenannten „dielelektrischen“ Lokomotive jetzt schon überlegen gezeigt. Bei der letzteren wird die Kraft des Dieselmotors in elektrische Energie umgewandelt, die nun erst die Lokomotive treibt. Sie erreicht aber nur einen Wirkungsgrad von etwa 20 Prozent.

Der große Vorteil der Diesellokomotive liegt vor allem in ihrer Unabhängigkeit von irgendwelchen Kraftstationen, Umformerwerken und Fernleitungen, die den elektrischen Betrieb belasten. Der Hauptnachteil der elektrischen Zugbeförderung besteht ja eben darin, daß neben den hohen Beschaffungskosten der Gesamtanlage irgendein technisches Versagen ganze Linien mit einem Schlag stilllegen kann. Im übrigen wird natürlich bei der Fortentwicklung des Eisenbahnwesens von Fall zu Fall entschieden werden müssen, welche Betriebsart die jeweils beste ist. Trotzdem aber gewinnt es den Anschein, als ob das Sterbeglocklein der Dampflokomotive geschlagen habe, die uns seit der Geburtsstunde der Eisenbahn eine so treue Dienerin war.

Eine Mordtat nach 12 Jahren aufgedeckt. Am 17. April 1914 wurde die Gastwirtin Anna Riech in Mariasels, Bezirk Wefersich, in ihrem Hofe von unbekannter Mörderhand durch Stiche auf den Kopf mit einer Wassertrage in bestialischer Weise ermordet. Die Tat geschah in der Zeit von 9 bis halb 10 Uhr vormittags und hatte, wie es schien, trotz der Vormittagsstunden keine Zeugen. Als der Tat dringend verdächtig wurde im Jahre 1915 von der Gendarmerie in Mariasels der Metzgerhelfer Ant. Weidl verhaftet und dem Bezirksgericht Wefersich eingeliefert, mußte jedoch mangels an Beweisen wieder freigelassen werden. Erst vor wenigen Tagen gelang es, auf Grund einer Aussage des Schafmeisters Schwarz, der in der kritischen Zeit den Weidl über den Hofzaun klettern sah und auch bemerkte, wie sich Weidl im nahen Teiche die blutigen Hände wusch, Weidl der Mordtat zu überführen. Er wurde von der Gendarmerie in Haft genommen und dem Kreisgericht in Eger eingeliefert, woselbst die Untersuchung gegen ihn fortgesetzt wird. Weidl verschwieg bisher hartnäckig, welche Gründe ihn dazu bewegen haben, die Mordtat zu begehen, doch ist man allgemein der Ansicht, daß Weidl beim Diebstahl von Schnaps — da er notorischer Trinker ist — von der Riech überrascht wurde und aus Angst vor einer Anzeige die Mordtat beging.

Die heurigen Einschreibungen in den Volksschulen finden in den letzten drei Augusttagen statt. Da die Schüleranzahl heuer wieder normal sein dürfte, wurden die Direktionen der Schulen bereits aufgefordert, bekanntzugeben, wie groß die Schülerzahl sein dürfte, und ob die Klassenzahl vergrößert oder vermindert werden soll. Nach den bisherigen Informationen tschechischer Blätter dürften die vereinigten Klassen und die aufgelösten Klassen wie bisher bleiben.

Ein Zammergeier bei Saaz erlegt. Vor einigen Tagen erlegte Oskar Wonei aus Belmischhof in der Nähe der Ortschaft Tattina im Bezirke Saaz einen Zammergeier. Das Tier kam aus der Richtung Postelberg geflogen. Wonei stand in der Nähe eines Feldkreuzes und beobachtete den Raubvogel, der in ganz geringer Höhe flog und nicht übel Lust zeigte, den Jäger anzugreifen. Ein wohlgezielter Schuß in den Hals brachte den in unserer Gegend so seltenen Gast zur Strecke. Das Tier hat eine Flügelspannweite von 2.80 Meter. Der Vogel wurde nach Teplitz geschickt, wo er präpariert werden soll. Der Raubvogel dürfte durch das Umweilen der letzten Tage nach dem nördlichen Teil Europas verschlagen worden sein.

Volkswirtschaft.

Katastrophale Arbeitslosigkeit im Warnsdorfer Bezirk.

Im Warnsdorfer Bezirk wurden am 31. Mai 1926 etwa 600 Arbeitslose nach dem Gesetz über den Staatsbeitrag zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung unterstützt. In Wirklichkeit ist die Arbeitslosigkeit jedoch viel größer. Wie uns berichtet wird, gibt es allein in der Warnsdorfer Textilindustrie etwa 3500 Kurzarbeiter, in den anderen Industrien 700 Kurzarbeiter, so daß die Gesamtheit der Kurzarbeiter im Bezirke Warnsdorf 4200 beträgt.

Diese Ziffern geben uns ein Bild von der furchtbaren Lage weiter Kreise der Arbeiterschaft nicht nur im Bezirk Warnsdorf, sondern in der ganzen Tschechoslowakei. Um so verdröckerischer ist das Vorgehen der bürgerlichen Parteien, insbesondere der Christlichsozialen, die ja unter den Textilarbeitern des dortigen Gebietes Anhänger haben, die Lebenshaltung der Arbeiter durch Zölle

noch zu erschweren. Wenn sich die Christlichsozialen Arbeiter das gefallen lassen, dann ist ihnen nicht mehr zu helfen.

Rückgang des tschechoslowakischen Außenhandels mit den Nachfolgestaaten.

Wir haben bereits vor einiger Zeit dem Referat Dr. Uhligs im Wirtschaftsbeirat eine Reihe von Angaben entnommen, die beweisen, daß die Ausfuhr der Tschechoslowakei in die Nachfolgestaaten von Jahr zu Jahr zurückgeht. Die Ziffern Uhligs werden nun bestätigt durch den Jahresbericht der tschechoslowakischen Industrien für das Jahr 1925, aus dem der ständige Rückgang unserer Ausfuhr in die Nachfolgestaaten seit 1921 deutlich hervorgeht. Es betrug nämlich die Ausfuhr der Tschechoslowakei nach den Nachfolgestaaten in Prozenten unserer Gesamtausfuhr 1921 56.79, 1922 41.29, 1923 37.10, 1924 40.16, 1925 36.4. Die Gesamtausfuhr der Tschechoslowakei weist nach derselben Quelle bloß 57 Prozent der Vorkriegsausfuhr auf gegen einen Welthandelsdurchschnitt von 106 Prozent und gegen einen Durchschnitt der europäischen Staaten von 82 Prozent. Auch daraus geht also die kritische wirtschaftliche Lage der Tschechoslowakei hervor.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Freitag um 7 Uhr abends Gastspiel Richard Mayr: „Figaros Hochzeit“. Samstag 7 Uhr: Gastspiel Emmy Sturm: Neuentst. „Boccaccio“. Sonntag, halb 8 Uhr nachm. „Brüderlein fein“, „Der Selige“, „Schlimme Buben“, abends 7 Uhr: Gastspiel Emmy Sturm: „Boccaccio“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag um 8. Male „Charleys Tante“. Samstag Premiere: „Glück und Puhlopff“. Sonntag „Glück und Puhlopff“.

Erstes Gastspiel Richard Mayr. Im Rahmen der Gastspiel-Vorstellungen, die das Neue deutsche Theater im Juni und Juli veranstaltet, sang der Meisterbassist der Wiener Staatsoper Richard Mayr am Mittwoch, den 9. d. M., von Verdéaux in Richard Strauß' „Rustkomödie „Der Rosenkavalier“. Mayr hat diese Rolle, die eine seiner allerbesten ist und auch am meisten seiner Wiener Bodenständigkeit entspricht, zu wiederholten Malen schon in Prag gesungen und Förder wie Zuschauer immer wieder begeistert. Auch diesmal war es ein seltener Genuß, Mayr als Sänger und Darsteller gleich großartiger Leistung gerade in dieser Rolle inne zu werden. Trotzdem man seinen Ochs so oft gesehen und gehört hat, wirkt er immer neu und ursprünglich, weil er frei vor jeder Schablone in der Darstellung ist und Mayr in dieser Rolle sozusagen lebt, den Gesang nur als drastisches Ausdrucksmittel verwendend. In dem großen künstlerischen Erfolge dieses Opernabends, der bedauerlicher Weise mit einer anderen wichtigen Kunstveranstaltung kollidierte, so daß der Referent seiner nur teilweise teilhaftig wurde, hatten neben Kapellmeister Steinberg als musikalischen Leiter vor allem die Damen Fiska-Göhl (als schlechthin vollkommene Marzellin), de Garmo (als mustergerüstige Sophie) und Karst (als ausgezeichnete Rosenkavalier) rühmendwerten Anteil.

Zweites Klavier-Preisstück am der deutschen Musikakademie. Wann endlich wird man die Unmoral dieser Kunstkonkurrenzen einsehen? Daß ein vom Glück und Zufall Begünstigter einen unverhältnismäßig wertvollen Preis erringt vor anderen weniger Glücklichen, aber sonst gleichwertigen Kunstge-

nosser? Und daß gerade den Pianisten immer ein Preis winkt, während die Absolventen anderer Musikklassen dieser Glückseligkeit nicht teilhaftig werden? Diesmal spielten die Absolventen der Klavier-Meisterschule Prof. Ansoerges um ein Piano. Fräulein Rosa Wallerstein erhielt es zugesprochen; eine junge Pianistin, die vor allem durch seltene Festigkeit im Rhythmischen, brillante Technik und Klarste Sauberkeit im Spiele überzeugt, während Temperament und Gefühl eine Steigerung vertrugen. Brahms' wundervolle Sonate in F-moll war ihr Vortragstück. Daß der junge, kunstdurchglühete Rudolf Maria Mandée ohne Preis ausging, dankt er seiner ganz aus Verinnerlichung gerichteten und jedem Effekt aus dem Wege gehenden Klavierkunst und weil er mehr Poet und Idealist ist als nüchtern Virtuose und Praktiker. Dieser seiner künstlerischen Eigenart entsprechend ja auch seine Vortragstritte, Stimmungsbilder von dem Tschechen Petrzelka und Schuberts subtile Andur-Sonate. So mußte Brahms über Schubert und Technik über gefühlsmäßige Kunst triumphieren. Als Pianist von ganz außerordentlicher technischer Fertigkeit erwies sich übrigens auch der dritte Preiswerber Adolf Savil, der Liszts pompöse „Dante“-Fantasie spielte. Außer der Preisbewerbung hörte man von Fräulein Kurche eine Sonate von Conrad Ansoerge, ein in seiner Cede und Inhaltslosigkeit unerträgliches Klavierwerk. Nicht hoch genug kann das Opfer eingestuft werden, das die Schülerin durch den Vortrag desselben dem Lehrer brachte.

Turnen und Sport.

Körperbildung durch Gymnastik.

II.

Die sogenannten „Systeme“ für Leibesübungen, die heute mit mehr oder weniger Klammern für ihre Sache werben, haben alle einen guten Kern, aber sie sind nicht vollständig. Ihre Übungsformen sind zum Teil dem Verständnis der breiten Massen fremd. Zu verständnisvollem Betriebe der Systeme fehlen in der Masse meist alle Vorbedingungen. Gymnastische Übungen, die Volkssache sein sollen, müssen einfach und schlicht und das Wesen der Gymnastik treffend auszuführen sein. Das aber ist in der Form am besten gewahrt, die im neuzeitlichen Turnen, Spiel und Sport gegeben ist und alljährlich Tausend und aber Tausend in ihrem Banne hält. Die schlichte, dem Volksempfinden verständliche Form der Betriebsweise beim Turnen, Spiel und Sport ist so biegungsfähig, daß jedes Alter und beide Geschlechter gleichertweise Gewinn davon haben. Die wertvollen Übungsmomente der „Systeme“ sind schon längst mit der vorbereitenden Gymnastik beim Turnen, Spiel und Sport verankert. Aber, es wird vermieden, dem Ganzen den übersinnlichen Charakter zu geben, der den Systemen vielfach angehängt wird. Turnen, Spiel und Sport ist eine Volkssache, die mit den Tatsachen, wie sie in Wirklichkeit sind, rechnet. Das ist der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Gruppen.

Die neue Lehre der Gymnastik braucht aber auch ihre Wegbereiter, Lehrer und Übungsleiter. Es ist einleuchtend, daß diese Führer ebensoviele physiologische wie pädagogische Kenntnisse und Befähigung haben müssen. Und es ist nicht hoch genug zu schätzen, daß sich die Arbeiterschaft auch in der Ausbildung ihrer Gymnastiklehrer und Übungsleiter auf eigene Füße gestellt hat. Die seit fünf Jahren bestehende „Bundesschule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes“ wird im Herbst in ihr neues, schönes, eigenes Heim in Leipzig, Frickestraße 36, einziehen und dort ihre bisherige erfolgreiche Tätigkeit unter günstigeren Bedingungen fortsetzen. Die „Bundesschule“ ist weit über die Grenzen des Bundes, ja

selbst des Reiches hinaus, bekannt. Sie hat seit dem glanzvollen Olympia in Frankfurt a. M. internationale Bedeutung erlangt und wird einmal die Hochschule des Arbeitersports sein. Am 10. Juni sollen, als erste Etappe auf dem Wege der Erfüllung brennender, langgehegter Wünsche, die Übungshallen durch die Musterklassen der Schule in Betrieb genommen werden. Eine intime, schlichte Feier wird damit verbunden sein. In einem Monat wird das eigene Bad der Schule fertig und am 19. September soll die feierliche Einweihung des ganzen Hauses stattfinden, wozu schon heute die 600.000 Mitglieder des Bundes und auch das Ausland rufen, weil die Bundesschule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes nicht nur ihrem Zwecke, sondern dem gesamten, um seine Ehrentitel kämpfenden Proletariat dienlich sein will als proletarisches Kulturinstitut mit der Tendenz, auch an der sozialistischen Erziehung- und Bildungsarbeit mitzubilden. Bz.

KINO-PROGRAMM
vom 11. bis 17. Juni 1926:

LIDO BIO
Frigos Liebesleiden.
Amerikanische Komödie in 6 Akten.
In der Hauptrolle Buster Keaton.

Wran Urania-Kino
einziges deutsches Kino Prag.
Pat u. Patadon als Müller.

Wo verkehren wir?

Café Continental, Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, Prag-Nezajantska

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Täglich PRAG II., Hybernská Nr. 7

Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Fochova 27.
Unser Stammlokal.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT
Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfiehlt sich den p. t. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksachen wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flug-schriften, Fakturen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU
Tischlergasse Nr. 6.

Herausgeber Dr. Ludwig Egech.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Rechner.
Druck: Deutsche Zeitungs-A.G., Prag.
Für den Druck verantwortlich: D. Holl.

Kleine Chronik.

Die Größe außereuropäischer Länder.

Gelgentlich der Tripolis-Reise Mussolinis ist in den Kommentaren der Zeitungen mehrfach des Kaiserreiches Abessinien Erwähnung getan worden. Es hieß, Italien habe die Absicht, der Frage einer Aufteilung dieses Landes näher zu treten, und man konnte hier und da wohl die Vermutung äußern hören, daß Mussolini das „Uberschluden“ dieses Wissens nicht sehr schwer fallen werde. Abgesehen von dem politischen Mangel, der aus solchen Behauptungen spricht, ist es sehr spähig, zu erkennen, wie unorientiert viele Menschen über die Größenverhältnisse fremder und besonders exotischer Länder sind. Der „Wissen“ Abessinien beispielsweise nimmt einen Raum ein, auf dem zweimal das Deutsche Reich und zweimal Oesterreich bequem Platz hätten, ja es würden noch rund 9000 Quadratkilometer Rest bleiben! Es handelt sich also um einen ganz gewaltigen Landkomplex, und das ist auch in anderen Fällen so. Gewiß weiß jedes Kind, daß Brasilien ein sehr großes Land ist, aber wer weiß, daß dieser südamerikanische Staat das Deutsche Reich mit Leichtigkeit achtzehnmal in sich aufnehmen würde? Brasilien hat jedoch nur die Hälfte der Einwohner Deutschlands. Mexiko, das gerade in jüngster Zeit wieder häufig genannt wird, umfaßt ebenfalls eine Riesensfläche. Viermal Deutschland und zweimal die Schweiz würden in diesem mittelamerikanischen Staate aufgehen können. Die Republik Mittelamerika, die auf der Landstrecke zwischen Mexiko und Columbia sich aneinanderreihen, werden hinsichtlich ihrer Größenmaße bei uns für gewöhnlich recht über die Schulter angesehen. Tatsächlich ist Nicaragua, um eine dieser Republiken herauszu-

greifen, dreimal so groß wie die Schweiz, hat allerdings nur 100.000 Einwohner mehr als die Stadt Zürich. Werfen wir einen Blick auf die einzelnen Staaten der nordamerikanischen Union. Auch hier besteht nur selten eine richtige Vorstellung von der Größe dieser Länder. Wer weiß z. B., daß Texas wesentlich größer ist als das Deutsche Reich? Texas 688.644 Quadratkilometer, Deutschland nach dem Frieden von Versailles 472.033 Quadratkilometer.) Die grandiosen Ausmaße New Yorks werden gegenwärtig, wenn man hört, daß die Stadt fast ebensoviele Einwohner hat wie ganz Schweden (New York 5.889.746, Schweden 5.903.762).

Sehen wir uns in anderen Gegenden der Erde um. Wie groß ist die Insel Madagaskar? Sie gehört zu den größten vom Meere umspülten Ländermassen, soweit sie nicht zu den Kontinenten rechnen, und fast einmal Deutschland und dreimal die Schweiz. Ihre Bevölkerungsziffer bleibt jedoch hinter der Berlins noch um 600.000 zurück. Anders ist es mit Formosa. Diese zu Japan gehörige Insel ist fast genau so groß wie die Niederlande. 37 Millionen Menschen leben dort, das ist etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Niederlande, aber wie dicht besiedelt ist Formosa im Gegensatz zu dem riesigen Madagaskar! Siam, das Reich des weißen Elefanten, ist etwas größer als Deutschland und die Schweiz zusammen. Liberia, der einzige unabhängige Negerstaat in Afrika, würde Bayern und Baden bequem in sich aufnehmen können, hat aber nur doppelt so viel Einwohner wie München. Zum Schluß möge man sich ein Bild machen von der Ausdehnung des französischen Kolonialbesitzes. Er umfaßt 10.748.000 Quadratkilometer, das Deutsche Reich würde darin 23mal Platz haben. 53.044.000 Menschen bevölkern diese Kolonialländer, also fast so viel wie das Deutsche Reich Einwohner zählt.

„Deutsche Bildwoche 1926“. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin, der Mittelclassische Bilderbühnenbund und der Bildspielbund deutscher Städte veranstalten vom 8. bis 11. Oktober in Breslau eine Bildwoche, auf der erste Fachmänner aus der Praxis Vorträge über den Stand des Lichtbild- und Filmwesens, über Herstellung und Vertrieb von Lehrfilmen, Methodik des Unterrichts am stehenden und laufenden Bilde, über die Beziehungen zwischen Film und Kirche und die Verwendung von Bild und Film im geographischen und geschichtlichen mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht halten werden. Außerdem sollen zahlreiche Lehrproben stattfinden. Jugendpflegeveranstaltungen besucht und neue Filme und Lichtbilder gezeigt werden.

Der Radio-Automat. In Amerika sind seit einiger Zeit Radio-Automaten im Gebrauch, d. h. Radio-Empfänger, die durch Einwurf eines Geldstücks in Gebrauch gesetzt werden. Man kann dann fünf Minuten lang an einer Rundfunk-Vorrichtung teilnehmen. Nach vier Minuten flammst eine rote Glühlampe auf und zeigt den Beginn der letzten Minute der Vortragstragung an. Auf der einen Seite der Maschine ist eine Tabelle angebracht, welche die Zeittafeln der verschiedenen Stationen und ihre Wellenlängen angibt. Nach Einwurf der Münze ist man in der Lage, den Apparat auf die gewünschte Sendestation einzustellen. Ein Lautsprecher übermittelt dann den Programmteil, in den man sich eingeschaltet hat. — Der „Manchester Guardian“, der den neuen Apparat in seinen Einzelheiten beschreibt, fügt hinzu: „Eine Erneuerung dieser Art scheint, besonders in Amerika, eine große Zukunft zu haben, wo eine der beliebtesten Belustigungen im Einwurf von Münzen in Automaten besteht. Man glaubt, daß binnen kurzem diese Empfänger-Automaten ebenso zahlreich sein werden wie die verschiedenen anderen Automaten, die Kaugummi oder Zuckerwerk verkaufen, mittels deren man sein Gewicht feststellen oder seine Schuhe putzen lassen kann.“

Von der christlichen Erneuerung zur Pornographie. Die ungarischen Hängechristen zogen mit der Lösung aus, das verlotterte durch den Einbruch der demokratischen Ideen und sozialistischen Bestrebungen erschütterte magyarische Leben durch die christlich-nationalen Gedanken zu erneuern. Nun ist ihnen in Genf von einem Manne, der seine Epochen um das konservative Europa mehr als redlich verdiente, nämlich von Briand, die Leitung überträgt worden. Der französische Ministerpräsident hat nämlich dem Sekretariat des Völkerbundes eine Denkschrift überreicht, in der internationaler Schutz gegen die horthy-magyarische Industrie der falschen Rotenfabrikation verlangt wird. In der Denkschrift sagt er ganz unerblickt, daß die kapitalistischen Regierungen gezwungen seien, Betrüben und seine Freunde mit denselben Augen zu betrachten wie die internationalen Mädchenhändler und Pornographen, gegen deren zu vordringliches Tun 1904 und 1910 internationale Vereinbarungen geschlossen wurden. Der Ministerpräsident des christlichen Kurzes hat in seinem Lande Laten gefeiert und gebilligt, die sogar in den Augen konservativer Staatsmänner auf derselben Stufe stehen, wie die der Händler mit Mädchenfleisch und der gewerbmäßigen Ausbeuter der Anzucht in Wort und Bild. Weit haben sie es wahrlich gebracht und Ungarns Ruf, den sie mit besonderen Gesetzen und mit den Schandurteilen ihrer Richter zu schützen vorgaben, haben sie in den Rot greifert, wie niemals zuvor der leidenschaftlichste Angreifer es zu tun vermochte! Auch für die sittenhebende Kraft des politischen Christentums erbrachten sie den triftigsten Beweis: Der reaktionäre Völkerbund ist gezwungen, anzuerkennen, daß die christlichen Galgenleute aus demselben Holz geschnitten sind wie Pornographen und Mädchenhändler. Es ist der schon lange verdiente und notwendige Pestfönd, den Briands Worte um das Land der Frankenchristen ziehen . . .